

Frauen im Kampf um die Gleichberechtigung

Dr. phil Ernst-Albert Seils, Berlin 2020

1. Kapitel

Keine Partei außer den Sozialdemokraten tritt für Ein Wahlrecht der Frauen ein

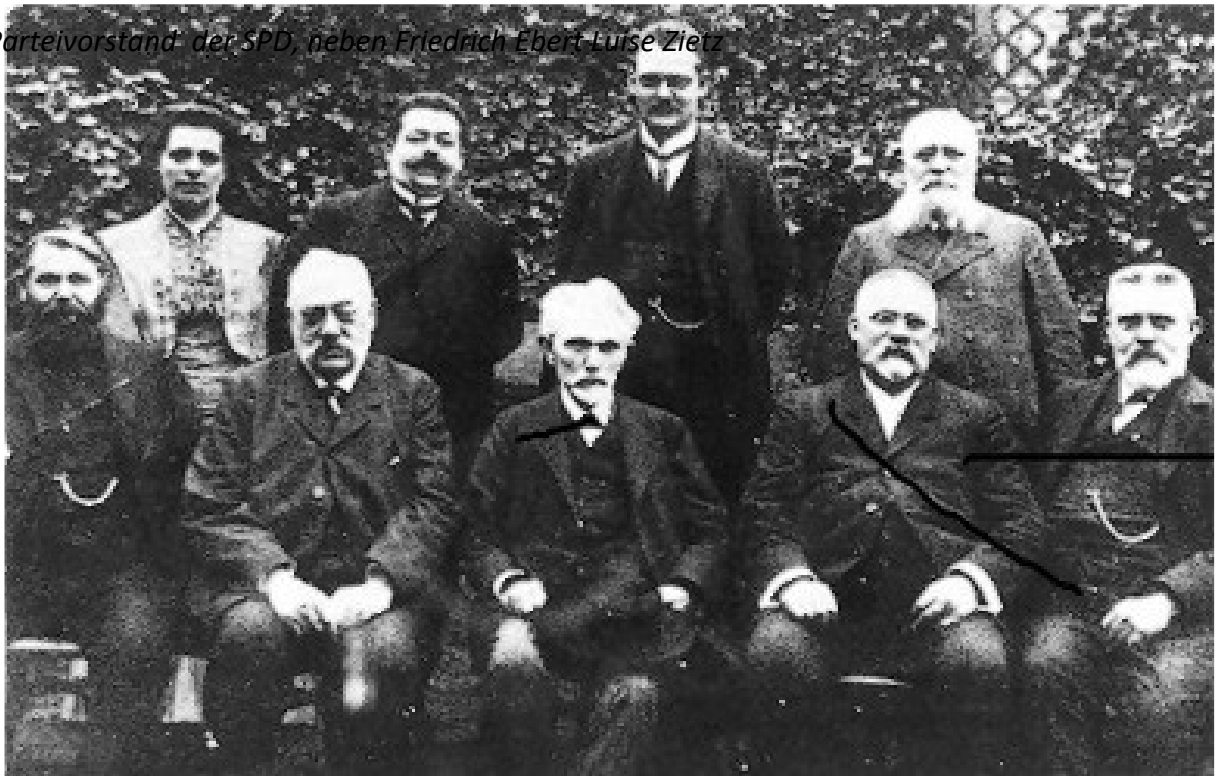
Eine belanglose Bemerkung von Oswalt Zimmermann in einer Reichstagsdebatte vom 10. Dezember 1908 weist darauf hin, wie die Abgeordneten zur modernen Frauenbewegung standen. Ihm sei bewusst, so der Sprecher der deutschen Reformpartei, sie stelle eine krankhafte Übertreibung dar.¹ Sie wurde dem Feminismus zugerechnet. Man nahm sie überhaupt nicht ernst. Zimmermann hatte keine Neigung, sich mit ihr überhaupt auseinanderzusetzen. Der Antisemit sah in ihr überhaupt keine Gefahr. Solche Krankheitserscheinungen gebe es im öffentlichen Leben der Gegenwart genug. Er streifte das Thema nur, widmete ihm nur wenige Bemerkungen, ging zu anderen Fragen über, die ihm wichtiger waren. Der Text scheint klarzumachen, wie die Politik zur Frage des Wahlrechtes der Frau stand.

Frauen zu begehren war in dieser prüden Zeit offiziell nicht erlaubt. Die Frau hatte anmutig und schön zu sein, nichts sollte ihre natürliche Ausstrahlung stören. Sie wurde als Konkurrentin des Mannes ausgeschaltet. Ihre Rolle war die der Hausfrau und Mutter. Sie war zum Kinderkriegen ausgestattet. Ihre höchste Erfüllung war es, Nachwuchs zu erzeugen. Ihre Erziehung bestand darin, sie auf ihre Rolle als Mutter und die Versorgung des Mannes vorzubereiten. Sie durfte an den Universitäten nicht studieren, keine höhere Schule besuchen. Nur Töcherschulen standen für sie bereit. Frauen galten für nicht fähig, im höheren Dienst ein Amt auszuüben. Wurden sie als Lehrerinnen eingestellt, mussten sie im allgemeinen ihren Dienst wieder verlassen. Sie waren nicht gleichberechtigt, Beamte zu werden. Im Erbrecht hatten sie letztlich keine Rechte. Diejenigen, die es auf eine gute Partie abgesehen hatten, hatten besten Aussicht auf Erfolg.

Es scheint fast so, dass sie als eine Art Fremdkörper empfunden wurden. Nur der Mann hatte in der Politik etwas zu sagen. Er fürchtete geradezu die Konkurrenz der Frau.

1 Protokolle des Reichstags, 180. Sitzung, 10. Dezember 1908, S. 6112tkin,

Parteivorstand der SPD, neben Friedrich Ebert Luise Zietz



Die Konservative Partei, die Nationalliberalen, das Zentrum und auch die Fortschrittliche Volkspartei schlossen vor den gesellschaftlichen Gegebenheiten die Augen. Lediglich Linksliberale wie Theodor Barth und Helmuth von Gerlach traten für das Recht zum Wählen für sie ein. Aber ihnen fehlte die Durchsetzungskraft und der Einfluss in den genannten Parteien. Kennzeichnend waren die Positionen von Friedrich Payer und Conrad Haußmann. Sie hatten die Frauenrechtsfrage für eine „blinde Überstürzung“ genannt.²

Eine andere Meinung hatten nur die Sozialdemokraten, denen August Bebel es verboten hatte, die Frau als Lasttier zu benutzen. Sie sollte sich nicht abrackern müssen, um das bisschen Brot für die Familie zu verdienen. „Der beste Maßstab für die Kultur eines Volkes ist die Stellung, welche die Frau einnimmt,“ schrieb er in seinem Buch „Die Frau im Sozialismus.“ Er analysierte darin umfassend die Stellung der Frau in der Geschichte und in der Politik der Gegenwart, kam zu dem Ergebnis, Männer ließen sich den Zustand, die Rolle als Herrscher zu spielen, aus Eitelkeit und Bequemlichkeit gerne gefallen. Es sei eine Menge von Gründen, durch die unsere sozialen Zustände immer mehr zu einem Zerrbild würden und immer weniger ihrem wahren Zweck entsprächen.

² Clara Zetkin, Zur Frage des Frauenwahlrechts, Internet

Während Männer ihre Neigung zu dominieren auskosteten, erreichte die moderne Frauenbewegung fast nichts.

Seit 1908 durften Frauen in Deutschland Mitglied in einer politischen Partei werden. Mehr erreichten die Frauenverbände bis zum Ende des Ersten Weltkriegs nicht. Im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1900 wurde noch einmal festgeschrieben, dass die Frau ohne Zustimmung ihres Mannes einem Broterwerb nicht nachgehen dürfe. Sie hatte auch nicht das Recht auf Kinder. Das einzige, was der Frau zustand, war die Schlüsselgewalt über die Speisekammer. Clara Zetkin gab in Stuttgart eine eigene Zeitung heraus. Sie nannte sie „Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.“ Die Zeitung erschien zuerst alle 14 Tage, von ihr wurden um 1900 nur 4000 Exemplare gedruckt. Sie stieg dann vor dem Ersten Weltkrieg zum führenden Organ der proletarischen Frauenbewegung auf.

2. Kapitel

Zu den Ursachen der Not

Wie sich die Lage der Menschen nach Beginn des Krieges entwickelte, hatte sich die deutsche Reichsregierung im August 1914 nicht vorstellen können. Innenunterstaatssekretär Clemens von Delbrück hatte 1913 zwar vorgeschlagen, eine zuverlässige Erfassung aller deutschen Nahrungsmittelvorräte vorzunehmen und eine Reichsreserve für Brotgetreide zu schaffen, aber um das durchzusetzen, reichte sein Einfluss nicht aus. Die Vorstellung, es werde sich um einen unterkurzen Krieg handeln, war nicht zu erschüttern.

Mindestens ein Fünftel des Brotgetreides und mehr als 20 Prozent der Futtermittel für die Fleisch- und Fettproduktion wurden eingeführt. Aus dem Ausland kamen 30 Prozent der Milch und Milcherzeugnisse, 40 Prozent der Fette, 35 Prozent der Eier, um nur die wichtigsten Grundnahrungsmittel zu nennen. Es gab keine fundierten Überlegungen zur zentralen Lagerung verderblicher Ware, zu Transportproblemen, zur Auswirkung von Arbeitskräftemangel, der Bearbeitungsintensität des Bodens und der Düngung, zu Verteilungsproblemen im Falle auftretender Mängel oder zur Sicherung von Preisstabilität.³

Viele Händler hielten ihre Waren in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch erst einmal zurück. Spekulanten, denen es nicht verborgen geblieben war, wo die Nachfrage steigen würde, kauften in großen Mengen alle in Frage kommenden Handelsgüter auf und lagerten sie ein,

³ Kriegs- und Heimatchronik von Dr. Friedrich Naumann und Dr. Gertrud Bäumer, 1. Bd., Berlin 1916, Eintrag für den 14. August 1914. Aus den Berichten der Heimatchronik, geschrieben für jeden Tag von Gertrud Bäumer, werden für das Folgende u. a. Verordnungen und Zeitungsberichte genutzt.

bis der Preis die gewünschte Höhe erreicht hatte. Es kam schon im ersten Kriegshalbjahr zu Preissteigerungen zwischen 20 Prozent und 40 Prozent. Bauern verfütterten ihr Getreide lieber, als es zu verkaufen, denn mit Fleisch konnte man schnell mehr verdienen als früher. Im Januar 1915 blieb der Reichsregierung nichts übrig, als sämtliche Getreidevorräte aufzukaufen. Dazu wurde die Reichsgetreidestelle gegründet. Nach und nach wurden immer mehr dieser Kriegsgesellschaften eingerichtet, die es bald für insgesamt 40 knappe Waren gab. Es handelte sich um zentrale staatliche Großhandelseinrichtungen, die den Ankauf, die Lagerung und die Verteilung übernahmen. Sie hatten das Recht, alle verfügbaren Erzeugnisse jeweiliger Art zu beschlagnahmen und Preise festzusetzen. Über die Kommunen, Landkreise und kreisfreien Städte – jeweils einzeln oder in Zusammenschlüssen –, wurden die Güter zur gleichmäßigen Verteilung gebracht.



Es wurde ein monströses, bürokratisches Bewirtschaftungssystem eingeführt, um der Spekulation und Preistreiberei einen Riegel vorzuschieben. Die jeweiligen Beiräte sorgten dafür, dass Produzenten- und Händlerinteressen nicht zu kurz kamen. Den Erzeugern billigte man zu, quotierte Mengen ihrer Produkte einzubehalten. Wie viel sie zurückhielten, war jedoch unmöglich zu kontrollieren. Mit dem, was sie nicht ablieferten, bedienten sie den Schwarzen Markt.

Die aus dem Spitzenpersonal des preußischen Beamtentums berufenen Leiter dieser Reichsstellen, also Oberpräsidenten, Ministerialräte und Landräte, bewältigten ihre Aufgabe kaum. Frauen wurden in den verschiedensten Berufen eingestellt. Sie bewährten sich als Krankenschwestern, besonders in der Verwundetenpflege. Sie erlebten alles Elend und Leid der versetzten Frontkämpfer mit. Waren sie nicht für den Dienst ausgebildet, konnten sich als Hilfschwestern eingesetzt werden. Sie konnten auch in der Etappe ihren Dienst tun. Lazarette wurden in allen größeren Orten gegründet. Als Schaffnerinnen im Verkehrswesen und als Briefträgerinnen ersetzten sie die Männer. Auch in Kindergärten oder in Volksküchen fanden Frauen ihren Platz.

3 .Kapitel

Lebensmittelmarken und Bezugsscheine werden eingeführt

Ab Februar 1915 wurde die Brotkarte eingeführt, um den Verbrauch einheitlich zu regeln. Damit begann die Rationalisierung von Lebensmitteln, die nach und nach auch für Kartoffeln, Fleisch, Fette, Milch, Eier, Zucker, Nahrungsmittel wie Hülsenfrüchte, Teichfische, Kunsthonig, Marmelade, Kaffee und Kaffeeersatz eingeführt werden musste. Kindern, Müttern nach der Entbindung und Schwerarbeitern wurden größere Mengen zugeteilt. Rationiert wurden auch viele Güter des täglichen Bedarfs. Was man über die freien Markt besorgen. Die Preise wurden aufgrund von Höchstpreisverordnungen festgesetzt. Immer mehr Städte richteten Massenspeisungen ein: Wer es sich nicht leisten konnte, Lebensmittel zu den steigenden Preisen zu kaufen, konnte ohne oder bei geringer Bezahlung täglich Essensportionen erhalten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ging ununterbrochen zurück. Die Erträge der pflanzlichen Produktion reduzierten sich schon in den beiden ersten Kriegsjahren um 20 bis 30 Prozent. Ursachen dafür waren fehlender Dünger, besonders Stickstoff und – wegen des Rückgangs der Viehbestände – Natürdünger, Arbeitskräftemangel, schlechte Bodenbearbeitung und Witterungseinflüsse. Die Hektarerträge der Ernte von 1915 waren aufgrund des Wetters schlechter als die von 1914, die von 1916 in Hinsicht auf Brotgetreide etwas besser, wobei aber Futtermittel wie Hafer und Gerste in diesem Jahre viel weniger eingebracht wurden. Die Kartoffelernte von 1916 war katastrophal; sie betrug nur etwa die Hälfte der früheren Jahre. Die Einfuhren aus Dänemark und Holland kamen zum Erliegen, die Getreideeinfuhr aus Rumänien entfiel mit dessen Kriegseintritt auch. Die Bürokratisierung der Lebens-

mittelproduktion und -verteilung schritt immer weiter voran. Im Jahre 1916 wurden bereits 278 Verordnungen, die sich auf die Volksernährung bezogen, erlassen.⁴ Die Preisliste umfasste Ende des Jahres an die 150 Artikel, aber die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt waren damit kaum in den Griff zu bekommen.⁵ Preisfestsetzungen veränderten stets das Gesamtgefüge der Erzeugung und des Verbrauchs von Nahrungsmitteln. Die Landwirte nutzten jede Möglichkeit aus, mehr zu verdienen. Insbesondere ließ sich die Einhaltung der Bestimmungen nicht kontrollieren. Ob die Angaben über die Erzeugung von Nahrungsmitteln überhaupt stimmten, war meist nicht festzustellen. Waren blieben unter dem Ladentisch, wurden teurer verkauft als erlaubt oder kamen erst gar nicht in die Geschäfte. Der Schleichhandel begann zu blühen.

1/2 Liter Vollmilch 15. Juli 1917.	1/2 Liter Vollmilch 14. Juli 1917.	1/2 Liter Vollmilch 13. Juli 1917.
Großherzogtum Baden	Großherzogtum Baden	Großherzogtum Baden
1/2 Liter Vollmilch 11. Juli 1917.	1/2 Liter Vollmilch 10. Juli 1917.	1/2 Liter Vollmilch 9. Juli 1917.
Großherzogtum Baden	Großherzogtum Baden	Großherzogtum Baden
1/2 Liter Vollmilch 7. Juli 1917.	1/2 Liter Vollmilch 6. Juli 1917.	1/2 Liter Vollmilch 5. Juli 1917.

Wie es in den deutschen Großstädten in Hinsicht auf die Ernährung im ersten Halbjahr 1917 aussah, lässt sich aus den Berichten über die Stimmung der Bevölkerung in Berlin entnehmen, die der Berliner Polizeipräsident von Oppen aufgrund der bei ihm abgelieferten Informationen seiner Polizeispitzel seit Kriegsbeginn wöchentlich für die Reichskanzlei und andere Staatsbehörden anfertigen ließ. Dort heißt es:⁶

„Die gegenwärtige Stimmung in den breiteren Bevölkerungsschichten ist außerordentlich gedrückt. Große Kriegsmüdigkeit überall. Die Nahrungsmittelnot nimmt immer mehr zu. Die

⁴ Der Völkerring, Bd. 20, a. a. O., S. 48.

⁵ August Skalweit, Kriegsernährungswirtschaft, a. a. O., S. 107.

⁶ Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, bearbeitet von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach, Weimar 1987, S. 171–179.

unentbehrlichsten Nahrungsmittel, wie z. B. Kartoffeln, sind nicht zu beschaffen, die wenigen Kohlrüben schlecht und erfroren. Die Preise für notwendige Kleidungsstücke sind ganz enorm und für Minderbemittelte fast unerschwinglich. [...] Auch die Lieferung von Mehl an die Bäcker ist sehr ins Stocken geraten, so dass viele Bäcker nicht in der Lage sind, Brot für ihre Kunden zu liefern. [...] Zur Zeit stockt die Zufuhr von Gemüse überall. Das Obst ist so teuer, dass es der Menge nicht zugutekommt. Fische und Räucherware sind vom Markte fast ganz verschwunden. Die Milchversorgung ist gänzlich unzureichend. An Brot hat es in den letzten Wochen sehr gemangelt. [...] In erster Reihe aber muss bei der jetzigen Kälte der Kohlenknappheit abgeholfen werden. [...] Große Missstimmung und Erbitterung haben die auf den Bahnhöfen vorgenommenen Kontrollen und Durchsuchungen der Reisenden nach Lebensmitteln hervorgerufen. [...] Es wird viel Kritik geübt an der mangelhaften Überwachung des Schleichhandels, da Leute, die Geld haben, hintenherum immer noch Lebensmittel in größeren Mengen kaufen können und daher noch keine Not kennen gelernt haben.“

Die tägliche Menge an Kartoffeln auf Karten, ein dreiviertel Pfund pro Tag für jeden Verbraucher, gab es in den meisten Städten schon im Februar kaum noch zu kaufen. Seit März musste man schon Glück haben, um die zugesagte Ration zu ergattern. Der Transport aus den Mieten auf den Feldern der Bauern in die Städte litt unter Frost. Ladungen von Güterzügen, die in Kellern öffentlicher Gebäude wie Schulen eingelagert werden sollten, kamen dort schon halbverfault an. Der weitere Nachschub klappte auch wegen überlasteter Transportmittel und Transportwege nicht, weil zu dieser Zeit das Hindenburg-Programm zur verstärkten Produktion von Rüstungsgütern anlief.⁷

Als Ersatz für Kartoffeln konnte man Kohlrüben bekommen, pro Tag zwei, später vier Pfund. Aber auch diese waren bald knapp und häufig schon durch den Frost angefault und nur zum Teil genießbar. Daraus Suppen zu kochen, ohne Gewürze und Fett, wurde allgemein als Zumutung empfunden. Die Rezepte für Kohlrübenpudding oder Kohlrübenmarmelade, die in Zeitungen veröffentlicht wurden, empfanden viele Menschen als Hohn.

Dem Brotteig mischte man jetzt in kleinere Mengen Kohlrübenmus bei. Die Brotration betrug für den normalen Verbraucher zunächst 200 Gramm pro Tag und wurde im April auf 170

⁷ Darstellung des Folgenden nach der oben genannten Literatur von Anne Roerkohl und August Skalweit, *Kriegs- und Heimatchronik*, ferner: *Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918*, a. a. O., S. 164–217; *Wirtschaftsredakteur der Berliner Zeitung im Weltkrieg* Erich Dombrowski, *Deutschlands wirtschaftliche und soziale Organisation während des fünften Kriegshalbjahres*; in: *Der Völkerkrieg*, Bd. 20., a. a. O., S. 48–74; *Berichte aus Berliner Zeitungen*, u. a. *Berliner Volkszeitung*, *Berliner Abendpost*, *Berliner Lokalanzeiger*, *Berliner Tageblatt*, Vorwärts aus der Zeit Mitte Juni bis Mitte Juli.

Gramm gekürzt. Auch Schwerarbeiter erhielten eine um 25 Prozent gekürzte Brotzuteilung. Dafür sollte die doppelte Ration Fleisch zur Verteilung kommen. Fleisch auf Marken war in den zugesagten Mengen aber in vielen Städten vorher schon nicht zu bekommen, denn die Zuteilung von 250 Gramm Fleisch pro Woche gelangte nicht in entsprechender Menge in die Geschäfte oder traf nur nach und nach oder verzögert dort ein.

Die Speisefettquoten auf Marken sanken auf 67 bis 64 Gramm pro Woche, die von Milch auf ein siebentel bis ein zehntel Liter. Aber in vielen Großstädten war außer für Kleinkinder meist gar keine Milch mehr zu erhalten. Ein oder zwei Eier wöchentlich auf Zuteilung waren zwar auf den Karten vorgesehen, aber man erhielt sie fast nirgends mehr. Ebenso verschwand Käse in vielen Regionen fast ganz vom Markt. Auch Fisch, den es in Friedenszeiten reichlich gegeben hatte, war im offiziellen Handel nicht zu bekommen. In den Monaten Mai und Juni des Jahres 1917 gab es ab und zu Graupen, Haferflocken und Dörrgemüse. Der aus Gerste oder aus Rüben gebrannte Kaffee wurde jetzt ebenso bewirtschaftet wie Kunsthonig und Marmelade. Die Zuckerration betrug aufgrund gesicherten Rübenanbaus 800 Gramm im Monat. Kunsthonig und Marmelade – vielfach mit Kohlrübenmus verlängert und nicht gerade wohlschmeckend –, waren üblich als Aufstrich aufs Brot.

Die Menge an Bier, die gebraut werden durfte – dünn und mit wenig Stammwürze –, betrug 14 Prozent des Friedenskonsums, in Bayern zehn Prozent mehr. Mit Glück konnte man in Gaststätten ein oder zwei Gläser zu trinken bekommen. Für Kleidung des allgemeinen Bedarfs sowie Schuhe und Leder wurde ab 1. Februar 1916 die Bezugsscheinpflcht eingeführt. Die Kommunalverbände sowie die Kreis- und Stadtverwaltungen waren bemüht, das komplizierte System zu bedienen. Es gab findige Magistrate, die es verstanden, Rationen, die der Bevölkerung zustanden, heranzuholen. Die Verwaltung von Halle z. B. schloss mit Betrieben aus dem Umland Verträge zum Aufkauf von Lebensmitteln in entsprechender Menge ab, lagerte diese ein und sicherte so wenigstens für die eigene Stadtbevölkerung die Ernährung zu günstigen Preisen.

4. Kapitel

Frauen in Großstädte sind besonders betroffen

Am stärksten wirkte sich die Ernährungskatastrophe auf die Einwohner der Großstädte aus. In den Kleinstädten, wo viele Bewohner Gärten hatten und es bessere Beziehungen zu den ländlichen Regionen gab, war der Mangel nicht so spürbar. Die Behörden leisteten Erhebliches, indem sie öffentliche Massenspeisungen einrichteten, meist Suppenküchen, in denen jeder für geringes Entgelt, teilweise gegen Marken, Essen bekam. In den meisten Städten mit über 1000 Einwohnern gab es solche Suppenküchen. Auch in Großbetrieben gab es derartige Einrichtungen. Wer sich seiner Bedürftigkeit schämte, hungerte lieber.

Dramatisch wurde die Ernährungssituation im Mai, als die Belieferung mit dem, was den Menschen den Marken nach zustand, immer schlechter wurde. Das Schlangestehen, die „Polonäsen“ vor den Geschäften und Markthallen, wurden zum Zeichen der Zeit. Schon vor Mitternacht fanden sich dort Frauen ein und übernachteten auf Strohsäcken oder Stühlen. Oft war das der einzige Ausweg, um nicht zu verhungern.



Schlangen vor den Geschäften

Der Leiter des Kriegsernährungsamtes Adolf von Bartocki hatte in einem offenen Brief an die Landfrauen appelliert, „durch freiwillige und von vaterländischer Gesinnung getriebene Sparsamkeit dazu beizutragen, dass alles irgend Entbehrliche dem allgemeinen Verbrauch zugeführt werde“.

Aus Berlin, Hamburg, München oder den Großstädten der Industriegebiete Westdeutschlands und Schlesiens, überall aus den städtischen Ballungszentren ergossen sich täglich Ströme von Menschen, mit Taschen und Rucksäcken ausgestattet, in die umliegenden ländlichen Gebiete.

Was sich dabei abspielte, wurde oft beschrieben:⁸ Die Eingänge der Bahnhöfe waren schon morgens verstopft, die Züge überfüllt. Zum Ärger der Behörden setzte die Reichsbahn, um den normalen Zugverkehr reibungslos aufrechtzuerhalten, zusätzlich „Hamsterzüge“ ein. Die Bettelei von schlecht ernährten Städtern, die von Hof zu Hof zogen, Geld oder Wertgegenstände aus ihrem Besitz anboten, um dafür ein paar Pfund Kartoffeln, Butter, Eier oder Milch zu erhalten, wurde auf dem Lande schon bald als Plage empfunden. Manche Landleute hatten Mitgefühl mit den hungrigen Städtern, andere nutzten die Ernährungssituation aus, um sich zu bereichern. Zusätzliche Lebensmittel erwerben konnte man auf die Dauer nur, wenn man in den Dörfern Verwandte hatte oder sonst eine feste Beziehung dorthin bestand. Wenn Menschen bei ihrer Rückkehr auf den Bahnhöfen von der Polizei empfangen wurden, die den Auftrag hatte, die mühsam ergatterten Lebensmittel zu beschlagnahmen, dann konnte die Volkswut keine Grenzen mehr. Die Betroffenen setzten sich zur Wehr. Unter dem Protestgeschrei der Umstehenden rissen Polizisten erschöpften Frauen ihre mit Kartoffeln, einem Stück Butter und ein paar Eiern gefüllten Taschen aus der Hand. Es kam häufig vor, dass hungernde und verarmte Menschen nicht nur ohne die Esswaren, die sie sich verschafft hatten, und ohne die Wertgegenstände, mit denen sie diese eingetauscht hatten, nach Hause zurückkehrten, sondern auch noch eine Anzeige für die Übertretung der Gesetze erhielten und bestraft wurden.

Es gab allerdings Städte, die hier großzügig verfahren, auf Bahnhofskontrollen verzichteten und derartige Verstöße hinnahmen. „Die Massen hungerten, sie froren, sie waren zerlumpt an Kleidung, an Wäsche, an Moral. Alle haben gehamstert, weil sie Hunger hatten, und gewuchert hat alles, vom Kommerzienrat bis zum Radiweib, dagegen anzukämpfen war nicht populär“, heißt es in einer Zeugenaussage im Dolchstoßprozess.⁹

Ein ganzes Heer von Aufkäufern wurde von einer Zentrale in die Provinz entsandt und kaufte dort zu Preisen, die der kleine Mann nicht bezahlen konnte, Waren aller Art auf. Das waren nicht nur Lebensmittel, sondern alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, Textilien, Leder, Seife, Metalle und anderes. Ebenso wie in der Landwirtschaft wurden auch in anderen Betrie-

⁸ Der Völkerring, Bd. 28, a. a. O., Erich Dombrowski, S. 87–96, danach auch das Folgende.

⁹ Der Dolchstoßprozess in München, a. a. O., S. 149 f.

ben Erzeugnisse aus der Produktion abgezweigt. Beliefert wurden Schieberzentralen, Gaststätten und große Industrieunternehmen, die sie ihren Mitarbeitern weiterverkauften. Wer die hohen Preise, die dann dort verlangt wurden, zu zahlen bereit war, konnte sich mit allem eindecken, was es auch in Friedenszeiten gegeben hatte. Der schamlose Wucher, der hier betrieben wurde, zog Kriminelle an. Man fand immer Wege, den Kontrollen und der Beschlagnahme solcher Waren zu entgehen.

5. Kapitel

Preisanstieg

Die Preise für Lebensmittel ebenso wie die für Gebrauchsgüter aller Art stiegen im zweiten und dritten Kriegsjahr ununterbrochen an. In den einzelnen Regionen Deutschlands verlief die Entwicklung unterschiedlich, weil den Kommunalverwaltungen die Möglichkeit blieb, je nach Marktlage Höchstpreise festzusetzen. Davon wurde in unterschiedlicher Weise Gebrauch gemacht. Ferner waren Preise stets durch Angebot und Nachfrage in einem Gebiet, durch die Jahreszeiten ebenso wie vom Umfeld der Wohngebiete und der Entfernung zu den Erzeugern beeinflusst. Man kann die Preisentwicklung nur mit Beispielen und nur für bestimmte Städte, Länder oder Provinzen verfolgen. Insgesamt gesehen waren die Unterschiede in der Preisentwicklung nur gering. Die Tendenz war überall gleich.

Dabei kann man von den Geldbeträgen ausgehen, die aufgewandt werden mussten, um sich unter den Bedingungen des Krieges zu ernähren. Eine für alle Teile der Bevölkerung zutreffende Bestimmung ist kompliziert.

Nach einer Berechnung von Erich Dombrowski, Wirtschaftsredakteur des Berliner Tageblattes, stiegen im Durchschnitt des gesamten Reichsgebietes die Kosten zur Ernährung einer Familie, bestehend aus einem Ehepaar und zwei Kindern, von 25,12 Mark im Jahre 1914 auf 38,16 Mark im Juli 1915. Im Januar 1916 waren es 41,26 Mark, im Juli 1916 dann 53,47 Mark und im Juli 1917 schließlich 55,26 Mark.¹⁰ Das war ein Anstieg um 129 Prozent.

In Mecklenburg, Baden-Württemberg und Bayern lebte man etwas billiger als im Rheinland. Dort waren die Nahrungsmittel etwa so teuer wie in Schleswig-Holstein. Die höchsten Steige-

¹⁰ Der Völkerring, 12. Bd., a. a. O., S. 62.

rungsraten hatten Großstädte, z. B. Berlin, die niedrigsten Westpreußen. Die Unterschiede beliefen sich auf allenfalls zehn Prozent.¹¹

Eine andere Möglichkeit zur Bestimmung der Preisentwicklung besteht darin, die Kosten für die Nahrungsmittel, die es 1916/1917 auf Karten gab, heranzuziehen. Der prozentuale Anstieg ist etwas geringer als nach der Aufstellung Dombrowskis. Die Familie eines Schwerarbeiters mit zwei Kindern gab einschließlich der Zulagen, die sie erhielt, für die ihr zustehende rationierten Nahrungsmittel im Oktober 1914 wöchentlich 7,93 Mark aus. Im Oktober 1916 mussten für die entsprechende Menge 14,29 Mark bezahlt werden, im April 1917 dann 14,90 Mark und im Oktober 1917 schließlich 15,97 Mark. Das war, verglichen mit den Preisen von 1914, eine Steigerung von 101 Prozent.

Auch aufgrund einer Erhebung in 100 preußischen Städten wurden die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben eines Arbeiters für die Lebensmittel, die ihm auf Karten zustanden, berechnet. Im Juli 1914 gab er dafür 14,07 Mark aus, im April 1917 dann 28,43 Mark, also ebenfalls etwa das Doppelte.

Das waren aber nur etwa 60 Prozent dessen, was ein Mensch brauchte, um sich zu ernähren. Was er darüber hinaus an Lebensmitteln verzehrte – die übrigen 40 Prozent, Gemüse, Obst, Genussmittel, Fisch, Konserven und anderes –, musste er im freien Handel zu kaufen versuchen. Da der Verbraucher die vorgesehenen Mengen an Brot oder z. B. Eiern, die ihm auf Karten im Monat zustanden, seit Ende 1916 häufig ebenso wenig wie das zugesagte Fleisch- und Kartoffelquantum bekam, war er auf den Zukauf von Nahrungsmitteln angewiesen, für die keine Höchstpreise festgelegt waren.¹² Wenn sie nicht verhungern wollten, keinen Garten hatten oder keine Hilfe von der Verwandtschaft auf dem Lande erhielten, blieb den meisten Städten oft keine andere Wahl, als auf die Angebote des Schleichhandels zurückzugreifen. Das konnte nur der tun, der über das hinaus, was der Lebensunterhalt kostete, Geldmittel zur Verfügung hatte. Damit steigerten sich die Kosten für Lebensmittel beträchtlich, weil hier höhere Preise zu bezahlen waren.

Bezieht man diesen Teil der aufgewendeten Geldmittel mit ein, so betrugen die Ausgaben für Nahrungsmittel im Juli 1914 23,45 Mark und im April 1917 dann 47,73 Mark. Auch nach dieser Berechnung ergibt sich mindestens eine Verdopplung der Preise. Jürgen Kocka nimmt an,

¹¹ Meerwart/Günther/Zimmermann, a. a. O., S. 428.

¹² Meerwart/Günther/Zimmermann, a. a. O., S. 432.

die Lebensmittelpreise hätten sich von 1914 bis 1917 im Durchschnitt um insgesamt 113 Prozent erhöht, die Lebenshaltungskosten um 153 Prozent.¹³

Anschaulicher lässt sich die Preisentwicklung beschreiben, indem man die Änderung der Preise für wichtige Nahrungsmittel nennt, die in einzelnen Städten oder bestimmten Gebieten des Reiches galten. Als repräsentativ für die Städte in Westdeutschland können die im folgenden genannten Steigerungsraten bei Lebensmitteln in der Stadt Bonn angesehen werden. In Berlin verlief die Preisentwicklung ganz ähnlich.¹⁴ Man kann annehmen, dass der Anstieg der Preise in kleineren Städten Ostdeutschlands etwas geringer ausfiel. Angegeben werden, soweit nichts anderes vermerkt, jeweils die Preise für ein Pfund der Waren bei Kriegsbeginn und Ende 1916 bis Mitte 1917.

Am niedrigsten war der Anstieg bei Grundnahrungsmitteln wie Kartoffeln und Brot. Der Preis von Kartoffeln stieg von 3 auf 9 Pfennig, der von Schwarzbrot von 14 auf 20 Pfennig. Reis war 1914 für 25 Pfennige zu haben, 1917 gab es ihn nur noch illegal für acht Mark. Ebenso war es bei Erbsen und Bohnen: Sie kosteten vor dem Krieg 30 Pfennig, im Schleichhandel dann 4,00 bzw. 4,70 Mark.

Für Rindfleisch und Kalbfleisch guter Qualität wurden 1914 1,00 Mark, 1917/18 2,80 Mark und im Schleichhandel 4,75 Mark bezahlt. Der Preis für Schinken betrug vor dem Krieg 1,20 Mark, im Schleichhandel 13,00 Mark; im normalen Verkauf gab es ihn 1917 nicht. Für Schweinefett mußte man 1914 80 Pfennig, 1917 dann fünf Mark bezahlen, die Bauern nahmen dafür illegal 18 Mark. Bei Wurstsorten kann man von einer Erhöhung der Preise von 80 Pfennig bis 1,20 Mark auf etwa 2,50 bis 3,00 Mark ausgehen. Sehr stark angestiegen waren die Preise für Fisch: Für einen Hering bezahlte man 1914 gerade einmal fünf Pfennig, 1917 dann 75 Pfennig, für Schellfisch und Kabeljau 1914 40 bis 50 Pfennig, im Oktober 1916, wenn sie angeboten wurden, etwa 2,20 bis 2,30 Mark.

Auch bei Milch, Milchprodukten und Eiern gab es erhebliche Preissteigerungen. Für einen Liter Vollmilch verlangten die Händler 1914 18 Pfennig, 1917 dann 50 Pfennig. Der Preis für Butter betrug vor dem Krieg 1,30 Mark, 1917 dann 3,40 Mark. Aber davon bekam man auf Lebensmittelmarken – wie dargelegt – nur zwischen 70 und 80 Gramm in der Woche. Wollte man mehr essen, musste man auf dem Schwarzmarkt zwischen acht und zehn Mark bezah-

13 Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg*, Taschenbuchausgabe, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1979, S. 32.

14 Anne Roehrkoehl, *Hungerblockade und Heimatfront*, a. a. O., S. 354; Erich Dombrowski, *Der Völkerrkrieg*, a. a. O., Bd. 12, S. 59–68, Bd. 16, S. 52–78, 20, 48–58, danach das Folgende.

len.¹⁵ Ähnliche Steigerungsraten waren bei Käse zu verzeichnen. Je nach Sorte kostete er vor dem Krieg zwischen 60 Pfennig und 1,40 Mark, im dritten Kriegsjahr drei bis vier Mark; für Schweizer Käse wollten Schwarzhändler 6,30 Mark haben. Das Ei hatte 1914 sechs Pfennig gekostet, auf Karten kostete es 40 Pfennig, im Schleichhandel 65 Pfennig.

Gemüse war seit dem Frühjahr 1917 so knapp, dass es, wie bemerkt, in vielen Großstädten nur in geringen Mengen in die Geschäfte und auf den Markt kam. Durch die Preisverordnungen wurde der Anstieg niedrig gehalten. Dennoch kosteten Mohrrüben statt fünf Pfennig 28 Pfennig, Rotkohl statt 23 Pfennig 1,60 Mark, Rosenkohl statt 23 Pfennig 50 Pfennig. Der Preis für Zwiebeln stieg von 7 Pfennig auf 90 Pfennig, der für Tomaten von 2 Pfennig auf 45 Pfennig, der für Salat von vier auf 25 Pfennig. Für Äpfel mussten statt 15 Pfennig 70 Pfennig, für Kirschen statt 23 Pfennig 85 Pfennig, für Erdbeeren statt 28 Pfennig 1,20 Mark bezahlt werden.

Die stärkste Veränderung der Preise gab es bei Genussmitteln wie Kaffee und Tee. Die Vorräte des Großhandels waren bald aufgebraucht, und Einfuhren über Holland und die Schweiz kamen nur noch in geringen Mengen ins Land. Wenn man auf Lebensmittelmarken noch Kaffee erhielt, dann zahlte man für ein Pfund statt 1,20 Mark 1917 3,80 Mark. Im Schleichhandel übliche Preise waren für ein Pfund Kaffee 25 Mark, für Tee 30 Mark. Wer so viel Geld nicht hatte, mußte sich mit Gerstenkaffee für 4 Mark begnügen bzw. Früchte- oder Kräutertee trinken.

Kleidung und Schuhe waren für den Normalverbraucher fast nicht mehr erschwinglich.

Welche Bedeutung der Preisanstieg für das Leben der Menschen in Deutschland hatte und wie er sich auf die sozialen Verhältnisse auswirkte, lässt sich erst ermessen, wenn man die Einkommensentwicklung damit in Beziehung setzt.

Der Staat dachte nicht daran, „Kriegerfrauen“ eine Unterstützung zu gewähren, mit der das bisherige Arbeitseinkommen des Ehemannes in einem Verhältnis stand. Nur den eingezogenen Beamten wurden die Gehälter weitergezahlt. Alle übrigen bekamen lediglich eine Versorgung auf Sozialhilfeniveau. Das waren nach dem sogenannten Ermächtigungsgesetz im Sommer neun und im Winter zwölf Mark, sechs Mark für jedes Kind. Viele Städte, auch Berlin, gewährten Zulagen von 100 Prozent. Eine Frau mit einem Kind erhielt zunächst dort anfangs also 30 Mark im Monat. Bis 1918 erhöhten sich die Sätze pauschal auf etwa 25 Mark für die Frauen, Kinder erhielten 15 Mark. In Preußen wurden insgesamt 35 Prozent höhere Zulagen gezahlt, in anderen Staaten des Reiches weniger. Letztlich blieben die Kommunen und Länder

15 Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, a. a. O., S. 169.

auf solchen Kosten sitzen, obwohl die Kriegsfinanzierung zu den Aufgaben des Reiches gehörte.

Nicht viel höher waren die staatlichen Zahlungen für Kriegerwitwen. Die hinterbliebenen Frauen einfacher Soldaten bekamen eine Rente von monatlich 33,33 Mark, die von Unteroffizieren 44,61 Mark. Das waren 60 Prozent der Rente eines Kriegsversehrten, der nicht mehr arbeitsfähig war. Dazu kamen meist Ausgleichszahlungen von etwa 40 bis 70 Prozent, abgestuft nach der beruflichen Qualifikation des gefallenen Ehemannes. Für jedes Kind stand den Witwen 14 Mark zu. Die Rente der Witwen von Offizieren bis zum Hauptmann betrug 100 Mark, dazu gab es entsprechende Ausgleichszahlungen.¹⁶

Im Jahre 1917 war im Durchschnitt schon ein Drittel aller Familien in Deutschland auf diese Art Unterstützung angewiesen, in Berlin-Neukölln – ein Extremfall – war es fast die Hälfte.¹⁷ In der einschlägigen Literatur wird angenommen, dass zu dieser Zeit in Haushalten mit einem Einkommen unter 100 Mark etwa 55 Prozent für die Ernährung ausgegeben wurden, also etwa 41 Mark. Nach der Berechnung bei Ute Daniel betrugen die dafür notwendigen Ausgaben einer Frau mit zwei Kindern etwa 62 Mark.¹⁸ Was das angesichts der Preise für Lebensmittel bedeutete, ist leicht vorstellbar. Es wird immer wieder berichtet, dass arme Familien sich nicht einmal das Fleisch kaufen konnten, das ihnen den Lebensmittelkarten nach zustand. Selbst Gemüse und Obst musste für sie schon zum Luxus gehören, den sie sich nicht leisten konnten.

Erschwert wurde die Lage derjenigen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen waren, durch die Kohlenknappheit und die Höhe der Miete. Die unabdingbaren Kosten für Heizung und Unterkunft werden für 1917 bei Geringverdienern auf zusammen 20 Prozent ihres Einkommens geschätzt.

Seit Mitte Januar 1917 sank das Thermometer in weiten Teilen Deutschlands weit unter null Grad. „In erster Linie muss bei der jetzigen Kälte der Kohlennot abgeholfen werden. Andernfalls sind bei Fortdauer des Frostes ernste Befürchtungen gerechtfertigt“, schrieb Polizeipräsident von Oppen am 22. Januar in seinem Stimmungsbericht. Ende Februar war es nicht anders.

16 Kriegerwitwen gestalten ihr Schicksal, zusammengestellt und herausgegeben von Helene Hurwitz-Stranz, Berlin 1931, S. 131.

17 Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, Göttingen 1989, S. 172 ff.

18 Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, a. a. O., S. 210; Mehrwarth/Günther/Zimmermann, a. a. O., S. 436.

Theodor Wolf notierte in seinem Tagebuch: „Die Kohlennot dauert an und ist in diesem beispiellos kalten Winter eine außerordentliche Kalamität. Noch im April war es anhaltend bitter kalt. Vor allen Kohlenplätzen stehen wartende Frauen und Männer und suchen einen kleinen Vorrat zu erlangen, den sie dann in Körben und Handwagen fortschaffen.“¹⁹ Die Preise für Kohlen auf Kohlenkarten wurden niedrig gehalten. Aber auf Karten gab es so wenig, dass davon allenfalls ein Zimmer dürftig geheizt werden konnte. Auf dem freien Markt kosteten 1000 Briketts 25 Mark.²⁰

Die Miete konnten viele Unterstützungsempfänger schon seit den ersten Kriegsmonaten oft nicht mehr bezahlen.²¹ Die Kommunen gewährten Mietzuschüsse, aber nur dann, wenn der Hauseigentümer mit der Miete herunterging. Die für Mieter demütigenden Auseinandersetzungen in kommunalen Schlichtungsstellen hatten nicht immer Erfolg. Bereits im ersten Kriegsjahr setzte eine Kündigungswelle ein. Kleine Wohnungen waren selten zu bekommen, große nicht bezahlbar. Die Mietsteigerungen lagen zwischen 15 und 25 Prozent. Es gab zwar Verordnungen zum Schutz der Mieter, aber zu juristischen Auseinandersetzungen und Zwangsräumungen kam es oft. Zu den Sorgen um die Ernährung kam die Angst, die Wohnung räumen zu müssen.²²

Kriegerfrauen, Kriegswitwen und die Familien Kriegsversehrter mit ihren Kindern, lebten also, soweit sie auf staatliche Unterstützung angewiesen waren – und das betraf bis zu einem Drittel der Familien in Deutschland –, unter dem Existenzminimum, falls sie sich darüber hinaus nicht irgendwelche Hilfe verschaffen konnten. Wenn sie nur die Lebensmittel kaufen konnten, die es auf Karten gab, enthielt ihre Nahrung 1917 nur etwa 1 500 Kalorien, 900 zu wenig für ein normales Leben. Diese Menschen mussten weitgehend auf das verzichten, was schmeckte und was für ihre Gesundheit wichtig war. Genussmittel wie Kaffee konnten sie sich meist nicht leisten. Sie konnten sich auch keine neue Kleidung kaufen. Der Krieg hatte sie in ein Leben in größter Armut gestürzt.

Besser waren die dran, die ein festes Arbeitseinkommen hatten. Darum bemühten sich natürlich viele notleidende Frauen. Als wenige Monate nach Kriegsbeginn kein Mangel an Ar-

19 Theodor Wolff, Tagebuch, a. a. O., S. 483.

20 Erich Dombrowski, in: Der Völkerring, Bd. 20, a. a. O., S. 51.

21 Kriegs- und Heimatchronik, Gertrud Bäumer, Bd. 1, a. a. O., S. 31, 43, Berichte vom September 1914.

22 Meerwarth/Günther/Zimmermann, a. a. O., S. 418 ff.; Kriegs- und Heimatchronik, Gertrud Bäumer, Bd. 1, a. a. O., S. 43.

beitsplätzen mehr herrschte, bestand im allgemeinen für jeden, der dazu fähig war, die Möglichkeit, eine bezahlte Tätigkeit zu finden.

Die Bezahlung war unter anderem vom Angebot an Arbeitskräften für eine Beschäftigung und den Gewinnen der Unternehmen bestimmt. In den industriellen Zentren wurde mehr gezahlt als auf dem Lande, in großen Städten mehr als in mittleren und kleinen Orten. Am meisten verdiente man im dritten Kriegsjahr in der Metallindustrie, im Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie, in der chemischen Industrie und im Bergbau. Wer hier arbeitete, stellte vor allem kriegswichtige Güter – Waffen, Munition, Schiffe, Kriegsfahrzeuge und ähnliches – her.

Die durchschnittlichen Tageslöhne männlicher Arbeiter steigerten sich von März 1914 bis März 1917 in der Metallindustrie von 5,54 Mark auf 9,88 Mark, im Maschinenbau von 5,32 Mark auf 9,19 Mark, in der chemischen Industrie von 5,16 Mark auf 8,09 Mark und in der elektrotechnischen Industrie von 4,32 Mark auf 9,25 Mark. In der Lebensmittelindustrie wurden 1914 durchschnittlich 5,69 Mark gegenüber 6,47 Mark 1917, in der Baubranche 4,68 Mark gegenüber 6,18 Mark Tageslohn gezahlt. Wer im Bekleidungsgewerbe sein Geld verdiente, erhielt pro Tag 1914 3,79 Mark, 1917 dann 4,49 Mark. Immer schon gut bezahlt worden waren Arbeiter im graphischen Gewerbe: Im Jahre 1914 hatten sie einen Tagesverdienst von 6,50 Mark, 1917 von 9,23 Mark.

Die Steigerungsraten lagen zwischen etwa 22 und 104 Prozent. Metallarbeiter hatten ihr Einkommen um etwa 78,3 Prozent gesteigert, die in der Chemieindustrie um 55,8 Prozent. Mit 104,6 Prozent hatten die in der Elektroindustrie Beschäftigten den höchsten Mehrverdienst, die Bauarbeiter mit etwa 22 Prozent den geringsten.²³

Sehr hohe Einkommen hatten die Facharbeiter bei Krupp. 1917 wurden dort Tageslöhne bis zu 11,54 Mark bezahlt. In ähnlicher Weise hatten sich die Löhne der Werftarbeiter bei Blohm & Voß in Hamburg entwickelt.²⁴ Bergarbeiter in Oberschlesien erhielten pro Schicht 7,79 Mark, die im Ruhrgebiet 10,90 Mark – gegenüber 1914 eine Steigerung um 78,2 bzw. 76 Prozent. Arbeiter in einer Zwickauer Spinnerei konnten ihre Tagesverdienste von 3,66 Mark im Jahre 1914 auf 5,31 Mark 1917 steigern, also um 47 Prozent. In dem hier angegebenen Rahmen bewegte sich – von einzelnen Abweichungen abgesehen – das Lohnniveau in ganz Deutschland.

²³ Meerwarth/Günther/Zimmermann, a. a. O., S. 367.

²⁴ Volker Ullrich, Kriegsalltag in Hamburg im Ersten Weltkrieg, Köln 1982, S. 80.

Damit war bei Krupp ein monatliches Einkommen von etwa 300 Mark zu erreichen, während die Textilarbeiter in Sachsen nur einen Monatslohn von 138 Mark erzielen konnten. In den am höchsten bezahlten Arbeiterberufen bewegten sich die Monatseinkommen zwischen 209 Mark und 300 Mark. Damit kamen hochbezahlte Arbeiter mit ihren Einkünften teilweise an die Gehälter von Angestellten und Beamten im unteren Bereich heran. Deren Durchschnittsgehälter für 1917 lagen zwischen 283 Mark und 328 Mark. Mittlere Beamte verdienten im Durchschnitt etwa 327 Mark, höhere 622 Mark.²⁵

Mit der Bezahlung von Frauen sah es etwas anders aus. Sie waren als Facharbeiterinnen selten ausgebildet und galten meist lediglich als angelernt. In Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten waren nach Berichten des Gewerbeamtes vor dem Krieg etwa 1,4 Millionen Frauen tätig gewesen, mehr als die Hälfte von ihnen im Textil- und Bekleidungsgewerbe. Im letzten Kriegsjahr hatte sich die Zahl der Frauen, die als Arbeiterinnen berufstätig waren, auf 2,14 Millionen vergrößert. Fast die Hälfte arbeitete .

Im Zuge der Verhandlungen über das Kriegsdiensthilfsgesetz hatte Ludendorff versucht, alle Frauen zur Dienstpflicht für solche Arbeiten heranzuziehen. Ute Daniel vertritt die Auffassung, die meisten Frauen, die im Krieg eine Arbeit aufnehmen mussten, hätten es vorgezogen, innerhalb der Familie mitzuarbeiten oder Heimarbeit zu machen. Dies ist angesichts der für Frauen keineswegs attraktiven Arbeitsbedingungen in Betrieben verständlich.²⁶

Die durchschnittlichen Tageslöhne lagen 1914 im Textil-, Bekleidungs- und Gaststättengewerbe zwischen 2,10 Mark und 2,25 Mark. Sie stiegen hier bis 1917 nur ganz geringfügig auf 2,57 Mark bis 2,84 Mark an. Anders war es in der Rüstungsindustrie: In den entsprechenden Betrieben wurden bei Kriegsausbruch Tageslöhne zwischen 2,05 Mark und 2,75 Mark gezahlt, 1917 betrugen sie zwischen 4,11 Mark und 5,24 Mark – eine Steigerung um etwa 90 bis 100 Prozent. Als monatliches Einkommen ergab das Beträge zwischen etwa 106 Mark und 136 Mark. Im Bereich der Bekleidungsindustrie und im Gaststättengewerbe blieben Frauen etwa bei 75 Mark bis 80 Mark Monatslohn, höher stiegen die Löhne nicht. In Munitions- und Gewehrfabriken arbeiteten die Frauen meist im Akkord. Dabei konnte eine Frau in einer Berliner Fabrik als angelernte Kraft im Sommer 1917 während eines 8stündigen Arbeitstages bis zu bis 6,32 Mark am Tag verdienen, bei niedriger Akkordleistung waren es 4,72 Mark. Unter diesen Bedingungen verdienten Frauen also in der Rüstungsindustrie zwischen 122 Mark und 164

25 Meerwart/Günther/Zimmermann, a. a. O., S. 367, 393, 401, 435.

26 Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch, ... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich in Verbindung mit Irina Renz, Essen 1993, S. 134 ff.

Mark monatlich. Die gefährliche und ungesunde Arbeit als Granatenfüller wurde höher bezahlt.²⁷



Frauen im Ersten Weltkrieg

Vergleicht man die Entwicklung der Löhne mit dem Anstieg der Preise, so ergibt sich, dass die Realeinkommen von 1914 bis 1917 sanken. Dazu trug entscheidend die inflationäre Geldvermehrung, die auf Erhöhung der Schulden beruhende Finanzpolitik des Reiches, bei.

Man kann davon ausgehen, dass der Wert der Einkommen derjenigen, die in der Rüstungsindustrie tätig waren, im Sommer 1917 auf etwa 75 bis 85 Prozent des Wertes von 1914 abgesunken war. Nur wer Lohnsteigerungen von wesentlich mehr als 100 Prozent erzielte – so wie die Arbeiter bei Krupp oder bei Blohm & Voß –, konnte die Preissteigerungen auffangen. Andere Arbeitseinkommen, z. B. in der Textilindustrie und in der Heimarbeit, verloren angesichts der Preissteigerungen mindestens 60 bis 70 Prozent an realem Wert.²⁸

Dabei war die Arbeit in der Rüstungsindustrie anstrengend und schwer. Arbeiterschutzgesetze wie die Begrenzung der Überstunden oder der Nachtarbeit für Frauen waren bei Kriegsbeginn aufgehoben worden. Die tägliche Arbeitszeit von neun Stunden, natürlich in einer Sechstageswoche, wurde im Krieg fast überall überschritten. In den Betrieben wurden Überstunden gemacht. Bis zu 16 Stunden dauerte dort manchmal der Arbeitstag. „Um nicht Schulden machen zu müssen und als Lump zu gelten“, sahen Werftarbeiter keinen anderen Ausweg.²⁹ Vie-

²⁷ Meerwart/Günther/Zimmermann, a. a. O., S. 350 f.

²⁸Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg, a. a. O., S. 27–31.

²⁹ Volker Ullrich, Kriegsalltag, Hamburg im Ersten Weltkrieg, a. a. O., S. 78–82.

le nahmen eine derartige Belastung auf sich. Üblich war bei Männern eine Arbeitszeit von zehn Stunden und mehr.

Damit dürfte auch zu erklären sein, warum Frauen dazu bereit waren, schwere Arbeit in Rüstungsbetrieben zu leisten. Die „Pulvermädchen“ der Munitionsfabrik Quickborn schufteten, miserabel ernährt, in der Tagesschicht von morgens um sieben Uhr bis abends um sieben Uhr an der schweren Presse bei der Herstellung von Granaten. Bei dem Umgang mit dem hochexplosiven Material konnte jeder falsche Handgriff das Leben kosten.

Allgemein bekannt wurde das erst, als die Fabrik in Quickborn im Frühjahr in die Luft geflogen war. Das gleiche geschah in Munitionsfabriken in Berlin-Hennigsdorf, Frankfurt am Main und in Süddeutschland. In jedem Falle hatte es Hunderte von Toten gegeben.³⁰

Ihre Gesichter und Hände waren grün, der Haaransatz schien wie mit Kitt verklebt. Die Arbeitskleider waren vom Pulverstaub und Schmutz gegerbt.“ Sie wiesen einen hauchdünnen, schimmernden Belag auf. Es war Glimmerstaub, der bei der Arbeit die Poren verstopfte.

Keine Nacht ohne Zusammenbruch einer oder mehrerer Frauen an den Maschinen, in Folge Erschöpfung, Hunger, Krankheit,“ heißt es in einem Spartakusbrief 1917.

Scheidemann kennzeichnete die Situation der Frauen am 13. Juli gegenüber Hindenburg so: „Die Arbeiter fallen täglich zu Hunderten in den Fabriken vor Hunger zusammen.“³¹

Der Preisanstieg und das Sinken der Realeinkommen wirkten sich auch auf das Leben großer Teile des Mittelstandes aus. Es handelte sich um mindestens zwei Millionen Angestellte in Unternehmen, Banken, Verwaltungen und Versicherungen, ferner viele untere Beamte, deren Gehälter nicht anstiegen, wenn sie nicht durch unregelmäßig gewährte Teuerungszulagen aufgebessert wurden.

Auch Freiberufler wie Schriftsteller und Künstler, kleine Handwerker und Geschäftsleute gehörten zu dieser schwer abgrenzbaren Gruppierung. Durch die mit fast erpresserischen Mitteln betriebene Propaganda, die halbjährlich aufgelegten Kriegsanleihen zu zeichnen, waren dem Konsum Milliardenbeträge entzogen worden. Dass deren Wert inklusive fünf Prozent Zinsen angesichts des Preisanstiegs sank und die Ersparnisse der Friedensjahre verloren gingen, wurde den meisten wahrscheinlich erst im dritten Kriegsjahr klar.³²

30Volker Ullrich, *Kriegsalltag*, Hamburg im Ersten Weltkrieg, a. a. O., S. 73–77; Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags, Bd. 3, S. 1173.

31 Annemarie Lange, *Das Wilhelminische Berlin*, Berlin 1988, S. 670 f.; Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg*, a. a. O., S. 36; Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, a. a. O., S. 93.

32 Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg*, a. a. O., S. 101 ff.

Der bayrische Kriegsminister Philipp von Hellingrath schätzte die Wirkung dieser Entwicklung im Sommer 1917 folgendermaßen ein: „Ungleich schwerer als die Arbeiterschaft leiden unter den Opfern und Entbehrungen des Krieges die Millionen der meist dem Mittelstand angehörenden Leute, deren Einkommen sich nicht im Verhältnis mit der maßlosen Preissteigerung erhöht hat, also vor allem die Festbesoldeten, die kleinen Gewerbetreibenden usw. Sie stehen zum großen Teil vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz, sind zu einem wirtschaftlichen Proletariat herabgesunken, das von der Hand in den Mund lebt. [...] Dass die Umschichtung aus einem wirtschaftlich gesicherten sorgenfreien Dasein in bittere Not zu spontanen Ausbrüchen der Unzufriedenheit führen kann, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden.“³³

Da unter anderem die Polizeibeamten und die Mitarbeiter in den staatlichen Behörden, die für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verantwortlich waren, zu diesem Personenkreis gehörten, forderten der Berliner Polizeipräsident und ebenfalls die stellvertretenden Generalkommandos immer wieder, staatliche Mittel bereitzustellen, um hier Abhilfe zu schaffen. Die berechtigte Unzufriedenheit der unteren Beamten könne schwerwiegende politische Folgen haben.³⁴

Zur Notlage der Kriegerfrauen und zum sozialen Abstieg des Mittelstandes stand der Reichtum der am Krieg verdienenden Schichten in einem schreienden Gegensatz. Die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft – Bewirtschaftung der Rohstoffe, immer mehr Aufträge an Unternehmen zur Herstellung von Rüstungsgütern, Erweiterung von Produktionskapazitäten durch öffentliche Gelder, Beschränkungen der Konkurrenz –, wirkten sich für bestimmte Unternehmen überaus gewinnbringend aus. Seit der Erfolg im Krieg davon abhängig geworden war, welche Mengen von Geschützen und Munition, welche Kriegstechnik, welche Qualität verbesserter Waffensysteme die deutsche Heeresführung zur Verfügung hatte, seit dem Hindenburg-Programm Ende 1916, konnten die großen Eisen- und Stahlwerke, Munitionsfabriken, Firmen der Metallverarbeitung, der Chemie und der Elektroindustrie sowie Werften die Preise für ihre Produkte diktieren. Niemand erfuhr genau, wie hoch die Reingewinne in Wirklichkeit waren und was das Führungspersonal verdiente. Die Ausschüttung von Dividenden betrug nach Unternehmensberichten bis zu 20 Prozent.

³³Der Dolchstoßprozess in München, Zeugenaussage, a. a. O., S. 148 ff.

³⁴Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und der Lage der Bevölkerung in Berlin, a. a. O., S. 210.

Die konservativen und bürgerlichen Parteien leisteten gegen alle Versuche, die „Kriegsgewinnler“ durch besondere Steuern für die Finanzierung des Krieges heranzuziehen, harten Widerstand. Schließlich wurde als „Kriegsgewinnsteuer“ lediglich eine zeitlich begrenzte 20 prozentige Besteuerung des Vermögenszuwachses beschlossen. Mit den Einnahmen aus dieser Steuer konnten nicht einmal die Zinsen für die Kriegskredite bedient werden. Während Eigentümer an der profitablen Kriegsindustrie 80 Prozent ihrer Einnahmen behalten konnten, mußte die große Masse der Bevölkerung durch die gleichzeitig beschlossene Kohlensteuer eine Verdopplung der Preise für das lebensnotwendige Heizmaterial hinnehmen.³⁵ Wie gut die durch die Kriegswirtschaft begünstigten „Kriegsverdiener“, die Schleikhändler und Landwirte, im dritten und vierten Kriegsjahr lebten, fiel auch einem Berichterstatter der stellvertretenden Generalkommandos auf: „Die Vergnügungsstätten aller Art sind überfüllt. Die Erholungszüge in die Ostseebäder sind trotz erhöhter Fahrpreise voll besetzt.“ In Bad Kissingen und Heringsdorf fand man wie an anderen Erholungsstätten in den Hotels eine „lärmende Gesellschaft“, die dort mit Speisen und Getränken aller Art das Leben wie in Friedenszeiten genoss.³⁶

6. Kapitel

Die Opposition im Krieg entsteht

Die Frauenarbeit war die eine Seite, die die Situation veränderte. Aber der entscheidende Stoß gegen den wurde im Krieg von den Reichstagsparteien geführt.

Der Erste Weltkrieg wurde in Deutschland fast ausschließlich durch Kredite finanziert. Solche zu bewilligen, lehnte ein kleiner Teil der Oppositionspartei der SPD ab. Zunächst aber fügte sie sich der Mehrheit der Partei, um die übliche Fraktionsdisziplin nicht zu gefährden. Unter den Kreditverweigerern war auch Hugo Haase, der Vorsitzende der Partei.

Über Kriegsziele zu diskutieren, war bis zum 25. November verboten, aber dennoch erschienen nach der Besetzung Belgiens ständig Broschüren aller Art, in denen die Ausweitung deutschen Weltmacht unverblümt gefordert wurde. Vertreter von Industrieverbänden und Politiker gaben sich beim Kanzler die Klinke in die Hand und trugen ihre Forderungen vor. Eine Mehrheit im Reichstag aus Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums verfolg-

35 Der Hauptausschuss des deutschen Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1184–1220.

36 Kocka, Klassengesellschaft im Krieg, a. a. O., S. 51 ff.; Theodor Wolff, Tagebücher, a. a. O., S. 494, 526.

ten umfangreiche Kriegsziele, sie gingen über das, was der deutsche Kanzler in seiner sogenannten Septemberdenkschrift gefordert hatte, teilweise hinaus.³⁷

Der Vorsitzende der SPD, Hugo Haase, legte dar, dass er die Pflicht zur Landesverteidigung für selbstverständlich halte, aber aus den Verhandlungen um das Österreichische Ultimatum lasse sich erkennen, dass es sich um einen Verteidigungskrieg nicht handele. Man habe den Konflikt mit Russland in Kauf genommen, daher wären die Mittelmächte die Hauptschuldigen am Krieg.³⁸

Aus dem tief verankerten Empfinden der großen Zusammengehörigkeit aller Deutschen folgte bei den Kreditbefürwortern die naive Übernahme patriotischer Parolen, wie sie in vielen Zeitungsartikeln der rechten SPD-Presse zum Ausdruck kam. Nur etwa 23 Zeitungen, meist Provinzblätter, traten für die Kriegsgegner ein. Ihr Führungsorgan wurde die Leipziger Volkszeitung.

Im Juni 1915 hielten drei Mitglieder des Reichstags, Hugo Haase, Karl Kautsky und Eduard Bernstein es für angebracht, ihre Meinung über den Krieg in der Öffentlichkeit darzulegen.³⁹

Sie veröffentlichten in der Leipziger Volkszeitung ein Flugblatt, das die Überschrift „Das Gebot der Stunde“ trug. Darin bezeichneten sie den Krieg als Eroberungskrieg, der den Wohlstand zerstöre, das Töten von Menschen nannten sie ein Verbrechen. Zu der Aktion bekannten sich 17 Fraktionsmitglieder der SPD, sie hatte sich damit als Oppositionsgruppen etabliert. Zu ihr gehörten die Juristen Hugo Haase, Dr. Karl Liebknecht, Dr. Joseph Herzfeld, Dr. Oskar Cohn und Artur Stadthagen, die Journalisten und Schriftsteller Joseph Bernstein, Wilhelm Dittmann, Alfred Henke, Fritz Kunert, Georg Ledebour, Ewald Vogtherr und Emanuel Wurm. Dazu kamen einige ältere Gewerkschaftler und Parteisekretäre, Karl Albrecht, Otto Antrik, Wilhelm Bock, Friedrich Geyer und Georg Horn.

Schließlich war es nicht mehr zu umgehen, von Kanzler Bethmann Hollweg eine eindeutige Erklärung über die Kriegsziele im Reichstag zu verlangen.⁴⁰

Bethmann Hollweg formulierte zunächst unverbindlich, forderte von der Entente ein Friedensangebot, das mit der Würde und Sicherheit Deutschlands zu vereinbaren sei. Dann wurde er genauer: „Weder im Westen noch im Osten dürfen unsere Feinde von heute über Ein-

37 Die Kriegsziele der Reichstagsparteien bei Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, der deutsche Reichstag in Ersten Weltkrieg, a. a. O., . 145 - 175

38 Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, a.a.O., S.169

39 Eugen Prager, Das Gebot der Stunde, 4. Aufl. a.a.O., S. 68 ff.

40 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 189 – 1918 , a.a.O., s. 49 - 55.

fallstore verfügen. ... Polen, Litauer, Balten und Letten werde man nicht mehr dem Regiment des reaktionären Russland ausliefern. „Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht.“⁴¹

Peter Spahn, der als Sprecher der Kriegszielmehrheit des Reichstages anschließend das Wort erhielt, nutzte die Gelegenheit, um das zu konkretisieren: „Wir warten in voller Einigkeit und mit ruhiger Entschlossenheit – und ich darf hinzufügen mit Gottvertrauen die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglichen, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands in vollem Umfang und mit allen Mitteln, einschließlich der erforderlichen Gebietserwerbungen, gewahrt werden müssen.“⁴²

Sofort danach stürzte Hugo Haase nach vorn und rief in den allgemeinen Krawall hinein:

„Haben die Herren denn gar nicht überlegt, was es für einen Eindruck in unserm Volk und in der ganzen Welt machen muss, wenn Sie in diesem Augenblick gegen diejenigen, welche der tiefsten Sehnsucht unseres Volkes und der ganzen Welt Ausdruck geben, mit terroristischen Mitteln vorgehen? Meine Herren, gerade nach den unbestimmten, allgemeinen, vieldeutigen Worten des Herren Reichskanzlers und nach den letzten Worten des Herrn Spahn ist es notwendig, dass unser Volk und die ganze Welt erfahren, dass nicht etwa der gesamte Reichstag mit seinen Ausführungen einverstanden ist. Meine Herren, wollen Sie denn wirklich, dass aus diesem Gemetzel, das ja alle bedauert haben, schließlich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet, durchtränkt von Tränen und Blut? ... Wir wollen den Frieden.“

... „ Am Schlusse dieses fürchterlichen Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte, in Wahrheit wohl nur ein aus Millionen Wunden blutendes Volk geben. ... Man sollte annehmen, dass nur komplette Narren oder gewissenlose Verbrecher solche Pläne verfolgen.“⁴³

Eduard David verlangte den Ausschluss der Kreditverweigerer aus der Fraktion. Aber dessen Antrag folgte diese nicht. Dennoch legte aber Hugo Haase den Vorsitz der Fraktion nieder.

41 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle , Bd. 306, 9. Dezember 1915, 22. Sitzung , S. 434 -437

42 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, 9.Dezember 1915, 22. Sitzung, S. 437

43 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, 9. Dezember 1915, 22.Sitzung, S. 438 , Rede zum Notetat, Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, 24.März 1916, 37. Sitzung, S. 842 - 844

Zum Redner, der Bethmann Hollweg antworten sollte, wurde von der Fraktion Otto Landsberg bestimmt. Der meinte, die Friedensbemühungen des Kanzlers könnten sich wohl hören lassen.⁴⁴

Die endgültige Spaltung der Fraktion vollzog sich in der Zeit, als der Angriff bei Verdun an der Westfront begann, eine Schlacht, „die in Furchtbarkeit alles Bisherige hinter sich ließ.“⁴⁵



Käthe Kollwitz: Trauer um Karl Liebknecht

Ebert wollte statt Haase Fraktionsvorsitzender werden, aber bei der Wahl am 16. Januar erschienen nur 86 Mitglieder der Fraktion, 27 von ihnen gaben bei der Wahl weiße Zettel ab.

56 Sozialdemokraten wählten ihn in das Amt, das war eine Stimme mehr, als er brauchte.⁴⁶

Das Vertrauen der Partei in die Führungsspitze schien verloren gegangen zu sein. Für die Abstimmung über das Jahresbudget und den neuen Kredit für den Krieg, am 9. März, wurden Scheidemann und Ebert als Redner aufgestellt. Aber auch die Minderheit wollte den Tag nicht vorübergehen lassen, ohne eine Stellungnahme abzugeben. Sie beauftragte Haase, für sie zu sprechen. Das teilte dieser erst am Morgen vor der Debatte Scheidemann im Plenarsaal mit.⁴⁷

⁴⁴ Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, Bd. 306, 22. Sitzung, 9. Dezember. März 1915, S. 422 -445

⁴⁵ Hermann v. Kuhl, der Weltkrieg 1914 – 1918, Berlin 1929, S. 385

⁴⁶ Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie 1898 – 1918, 2. Bd., a.a.O., S. 132 – 150

⁴⁷ Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, Bd. 307, 37. Sitzung, 24. . März 1916, S. 842 - 844

Daraufhin stürmten zahlreiche Fraktionskollegen zum Sitz Hugo Haases, ein ohrenbetäubendes Geschrei begann. Der dänische Abgeordnete Peter Hanssen beschreibt das, was geschah, in seinen Erinnerungen so: „Nachdem Haase seine Rede begonnen hatte, gab es sofort Tumult im Reichstag. Überhaupt nicht zu beschwichtigen war Keil. Er verlor vollkommen die Kontrolle über sich und schoss wie ein Pfeil auf Haase zu, drohte ihm mit geballten Fäusten und schrie: ‚Verräter, Verräter!‘ Scheidemann rief ‚Dreckseele‘, Ebert ‚schamloser Kerl, schamloser Halunke!‘ David und Heine verloren ebenfalls die Selbstkontrolle, brüllten sich mit wütenden Zwischenrufen heiser. Am weitesten ging Kopsch, der ausrief: Wieder mal ein Jude, ein Jude, was wollen denn die Juden hier!“⁴⁸

In der Fraktionssitzung nach dieser Reichstagsdebatte war die Einheit der Partei nicht mehr zu retten. Ebert verlas eine Erklärung und warf der Oppositionsgruppe Disziplinbruch und Treulosigkeit vor. Dieser Vorlage stimmten nur 58 Mitglieder der Fraktion zu.⁴⁹

Diejenigen, die Haase mit seiner Stellungnahme beauftragt hatten, hätten die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt. Dass nach den Statuten der Partei nur der Parteitag das Recht hatte, Fraktionsmitglieder auszuschließen, kümmerte ihn nicht. Es handelte sich um 18 Fraktionsmitglieder der SPD. Karl Liebknecht und Rühle hatten schon vorher ihren Austritt aus der Fraktion erklärt. Aber die aus der Fraktion ausgeschlossenen Mitglieder legten ihrerseits keinen Wert mehr darauf, in ihr mitzuarbeiten.

Am 24. März gründeten sie eine eigene Fraktion unter den Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. In der Abschlusserklärung hieß es: „Wir sind uns bewusst, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und der Treulosigkeit weisen wir zurück.“⁵⁰

Zugleich schieden Luise Zietz und als Beisitzer Robert Wengels aus dem Parteivorstand aus. In einer Stellungnahme Luise Zietz' zu den geschilderten Vorgängen heißt es, Haase habe nachgegeben, wenn es sich um weniger wichtige Kleinigkeiten handelte. „Immer wieder habe ich Geduld und die Konzilianz unseres Genossen Haase bewundert.“⁵¹

48 Hans Peter Hansen, *Diary of an Dying Empire*, a.a.O. S. 134; Kopsch war Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei

49 Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie 1898 -1918, 2. Bd., a.a.O., S. 173 -177

50 Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O., S. 119 f. „Vorwärts“, 25. 3. 1926; Bericht in Prager, *Das Gebot der Stunde*, a.a.O., 4. Aufl., S. 90 ff.

51 Wilhelm Dittmann, *Erinnerungen* Bd. 2, a.a.O. S. 43 f.

Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde Anfang April 1917 nach ihrer Gründung in Gotha im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Sie verstand sich, auf dem Erfurter Programm fußend, als die wahre, traditionelle SPD. Sich ein neues Programm zu geben, davon sah man ab.

Was alle einte, war die Ablehnung des Eroberungskrieges. Die USPD konnte sich im ganzen Land auf 62 alte, 19 neue Wahlkreisorganisationen und 46 Ortsvereine stützen. Zentrum waren Großstädte wie Berlin, Leipzig, Teile Sachsens, des Ruhrgebietes, Thüringens und des Gebietes am Niederrhein.⁵²

7. Kapitel

Der Aufstand von Frauen gegen Recht und Moral

Drei Episoden werden im folgenden mitgeteilt, die verdeutlichen, wie es Frauen ging, die zunehmend mit Moral und Gesetz in Konflikt gerieten:

Im Berliner Arbeitervierteln wie Lichtenberg oder Neukölln drückten Kriegsgegner in folgender Weise ihre Proteste aus: Auf ein bestimmtes Signal hin, unter gleichzeitiger Niederlegung der Arbeit, strömten sie – darunter viele Frauen und Kinder – strahlenförmig zu bestimmten Punkten auf Straßen oder Plätzen zusammen. Sobald sie ihre Antikriegsparolen gerufen hatten – etwa „Nieder mit dem Krieg, Freiheit für Liebknecht“ –, verschwanden sie in Hauseingängen oder über Höfe, bevor die Polizei eingetroffen war.⁵³

Am 25. Juni versuchte in Neukölln ein 25jähriger junger Kaufmann, der im Krieg einen Arm verloren hatte, sich auf eigene Faust Lebensmittel zu verschaffen. Er drang ins Neuköllner Rathaus ein und gelangte in das Dienstzimmer des Bürgermeisters Kaiser. Von diesem forderte er Brot und Milch für seine schwangere Frau. Als dieser mit den Schultern zuckte und bemerkte, es werde noch viel schlimmer kommen, packte er den Bürgermeister am Ärmel. Es kam erst zu einem erregten Wortwechsel, zu Beschimpfungen, schließlich zu einem Handgemenge, bei dem der Bürgermeister zu Boden fiel. Später wurde der junge Kriegsversehrte verurteilt. Da man ihn nicht als Psychopathen betrachten, den § 51 nicht anwenden wollte, wurde er zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.⁵⁴

52 Eugen Prager, *Das Gebot der Stunde*, 4. Aufl. a.a.O., S. 126 - 144

53 Kriminalschutzmann Schrott, Information an den Polizeipräsidenten, Original, Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. Berlin C Polizeipräsidium, Nr. 15821, Blatt vom 14. Juli.

54 Bericht in der *Freisinnigen Zeitung* vom 23. April 1918 über den Prozess.

Eine weitere Begebenheit ist von Max Reichpietsch zu berichten, der ein Opfer des Wilhelms-havener Matrosenaufstands wurde. Er stammte aus einem streng religiös orientierten Elternhaus. Zu den Motiven, sich für politische Ziele einzusetzen, gehörte auch, dass er im Urlaub mit den Verhältnissen konfrontiert wurde, in denen die Bevölkerung im Sommer 1917 in den Berliner Arbeitervierteln lebte. Eine junge Kriegerwitwe trat an ihn heran, so der Bericht seines Schicksalsgenossen Beckers, und wollte sich ihm „in ihrer Verzweiflung um ihre hungern-den Kinder“ prostituieren. Das aus tiefster Not geborene Angebot dieser Frau habe auf ihn einen furchtbar schmerzlichen Eindruck auf ihn gemacht. Er habe sich in diesem Augenblick das Gelöbnis abgelegt, mit allen seinen Kräften für den Frieden zu wirken.⁵⁵ Als 19jähriger hatte er wegen eines unbedachten Streichs eine Arreststrafe verbüßt, auch früher schon hatte er sich gegen Ungerechtigkeiten gewehrt. Das war der Grund für die Marineleitung, ihn später als eine Art Kriminellen hinzustellen und ihn hinzurichten.

Als das erste spektakuläre Zeichen des politischen Protestes gegen den Krieg in der Öffentlichkeit lässt sich die Friedensdemonstration Karl Liebknechts auf dem Potsdamer Platz betrachten. Nachdem er infolge seiner unermüdlichen Angriffe auf die Regierung im Reichstag im Sommer 1915 als Armierungssoldat an die Ostfront eingezogen worden war, kam er nur noch für die Reichstagssitzungen, zu denen er beurlaubt werden musste, nach Berlin, so auch Ende April 1916. Am Abend des 1. Mai 1916 rief er mitten auf dem belebten Platz, umringt von seinen Anhängern, laut aus: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ In einem Augenzeugenbericht heißt es: „Daraufhin bemächtigte sich seiner ein ganzes Knäuel von Polizisten, die ihn durch einen Kordon von der Menge abtrennten und auf die Wache zum Potsdamer Bahnhof abführten.“ Er war von etwa 10.000 Sympathisanten begleitet worden, die seinen Aufruf „Nieder mit dem Krieg!“ ununterbrochen wiederholten, während sie sich mit der Polizei im Zentrum Berlins eine Straßenschlacht lieferten, bis auch von ihnen eine Anzahl in Polizeigewahrsam genommen worden war.⁵⁶

Da Tausende von Menschen gesehen hatten, was sich hier abspielte, ließ sich diese Aktion nicht verheimlichen. Am Tag des Prozesses, dem 28. Juni 1916, in dem Liebknecht in zweiter Instanz wegen Landesverrats zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, kam es in Berlin zu Streiks von etwa 55.000 Arbeitern. Die Massendemonstrationen zwischen Potsdamer Platz und Alexanderplatz dauerten fast den ganzen

55 Der Dolchstoßprozess, München 1925, a. a. O., Zurschrift des Matrosen Beckers, S. 551.

56 Karl Liebknecht, Eine Biographie in Dokumenten, hrsg. von Annelies Laschitzka, Berlin 1982, S. 321 f.

Tag und ließen sich von einem riesigen Polizeiaufgebot nur schwer in den Griff bekommen. Zahlreiche Frauen betätigten sich dabei mit besonderer Leidenschaft. Es erschollen Rufe wie „Hoch Liebknecht!“ oder „Schluß mit dem Krieg!“. In anderen Städten, z. B. in Braunschweig, spielte sich Ähnliches ab.⁵⁷

Liebknecht war wegen seines Mutes und seiner Kompromisslosigkeit seither in ganz Deutschland die allgemein bekannte Identifikationsfigur vieler, die sich nach einer schnellen Beendigung des Krieges sehnten und dafür eintraten. Nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in den Schützengräben wurde sein Name mit Hochachtung und Bewunderung genannt.

In Leipzig waren die Arbeiter wegen der Verbreitung der *Leipziger Volkszeitung* fast vollständig zu Anhängern der USPD geworden. Dort wurde im April 1917 aus dem beschriebenen Streik wegen der Ernährungs- und Versorgungslage ein erster großer politischer Streik veranstaltet.

Auf Initiative des Ortsvorsitzenden Lipinsky und des Reichstagsabgeordneten Friedrich Geyer beschloss eine Versammlung von 10.000 Arbeitern das folgende Programm: sofortige hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohlen, Erklärung sofortiger Bereitschaft zum Frieden ohne jegliche Annexionen, Beseitigung des Belagerungszustandes und der Zensur, Abschaffung des Hilfsdienstgesetzes, freies und gleiches Wahlrecht in allen Bundesstaaten. „Die Versammlung verlangt, dass der Reichskanzler Deputierte der Versammlung empfängt.“ Die Arbeit solle in Leipzig erst wieder aufgenommen werden, wenn der Reichskanzler der Deputation befriedigende Antworten gegeben habe.⁵⁸

Es wurde eine Delegation unter Führung des USPD-Vorsitzenden Hugo Haase gebildet, die sich mit der Reichskanzlei in Verbindung setzte und verlangte, die Forderungen der Arbeiterschaft Bethmann Hollweg vorzutragen. Empfangen wurde sie von Unterstaatssekretär Wahn-schaffe, der es ablehnte, auf die Forderungen einzugehen.

Am 14. Juni sandte der Obermilitärbefehlshaber an die Militärbefehlshaber der stellvertretenden Generalkommandos, ferner an die Reichskanzlei, an das Ministerium des Innern und weitere Behörden ein geheimes Schreiben, in dem er zum politischen Wirken der „Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie“ Stellung nahm. Darin hieß es, die Vorgänge bei den letzten Streiks und sonstige Nachrichten hätten ergeben, dass diese Partei am Werke sei, „Verhetzung in weitestem Maße in das Volk zu tragen. Wenn auch als äußerer Anlass der Streiks der

57 Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin, a. a. O., S. 133 f.

58 Wilhelm Dittmann, Erinnerungen, 2. Bd., a. a. O., S. 508 f.

Lebensmittelmangel geltend gemacht worden ist, so ist doch die tiefere Ursache ohne Zweifel in geheimen politischen Wühlereien zu suchen, wie die zahlreichen zur Verbreitung gekommenen Flugblätter beweisen. Sie agitiert sowohl gegen die Fortsetzung des Krieges als auch gegen bestehende Staatseinrichtungen in einer Weise, die auf den Willen des Volkes, den Krieg bis zum glücklichen Ende durchzuführen, zersetzend wirkt. Diesem gefährlichen Treiben der Unabhängigen Sozialdemokratie muss mit aller Entschiedenheit entgegengetreten und ihr die Möglichkeit zur Verbreitung ihrer Gesinnung im Volk unterbunden werden.“⁵⁹

Reichstags- und Landtagsabgeordneten der USPD gestattete man 1917 grundsätzlich nur noch, auf Veranstaltungen ihrer Wahlkreise und in Mitgliederversammlungen zu sprechen. Auch die Veröffentlichung von Reden zu untersagen, die in den Parlamenten gehalten worden waren, war den Zensurbehörden nicht erlaubt. Generell verboten werden konnten parteipolitische Veranstaltungen nicht. Diesen Spielraum nutzten die USPD-Abgeordneten bei ihren öffentlichen Auftritten aus. Sie wurden stets von der Polizei überwacht.

Was sich in solchen Veranstaltungen abspielte, was man unter „Verhetzung“ verstand, zeigt das Beispiel einer Frauen-Mitgliederversammlung der USPD in Hamburg am 9. Mai 1917. Als die vorgesehene Referentin nicht erschien, wurde die Gymnasiallehrerin Katharina Kuhn vom Versammlungsleiter dazu aufgefordert, zu sprechen. Sie ergriff das Wort und führte unter anderem aus, Schuld am Ausbruch des Krieges trage die deutsche Regierung. Die Frauen müssten bereit sein, für die Freiheit des Volkes zu kämpfen. Das genügte dem überwachenden Polizeibeamten, die Versammlung sofort für beendet zu erklären. Frau Kuhn habe mit derartigen Äußerungen gegen den Burgfrieden verstoßen. Die tüchtige Biologielehrerin wurde verhaftet und bald danach aus dem Schuldienst entlassen, da sie zu einer Gefahr für die Sicherheit des Staates geworden sei. General Adalbert von Falk nannte das eine „hetzerische Tätigkeit“.⁶⁰

Wenn Haase, Ledebour, Wilhelm Dittmann, der Leipziger USPD-Abgeordnete Friedrich Geyer, sein Sohn Curt Geyer, Redakteur der *Leipziger Volkszeitung*, die dortigen Funktionäre Lipinsky und Liebmann, der Hamburger USPD-Vorsitzende Paul Dittmann, Eisner in München, Robert Dissmann in Frankfurt und andere auf Versammlungen redeten, hatten sie volle Säle. Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Henke aus Bremen war in seiner Heimatstadt und in Hamburg ununterbrochen aktiv. Aus Berichten von Dittmann, Curt Geyer und der Frankfurterin

59Wilhelm Deist, *Militär und Innenpolitik*, 2. Teil, a. a. O., S. 661–764, dort auch das Folgende.

60 Volker Ullrich, *Kriegsalltag, Hamburg im Ersten Weltkrieg*, a. a. O., S. 109–112.

Toni Sender ergibt sich eine reiche und aktive Versammlungstätigkeit. „Ich kann heute nicht mehr sagen, wie viele Mitgliederversammlungen ich damals pro Woche abgehalten habe“, schreibt Curt Geyer in seinem Buch „Die revolutionäre Illusion“.⁶¹

Haase sprach in vielen großen Städten Deutschlands. Als er z. B. Am 27. April 1917 nach Hamburg kam, um über die Parteigründung in Gotha zu berichten, waren 600 Zuhörer erschienen. So wie dort die Versammlung ablief, dürfte es oft gewesen sein. Zunächst war sie verboten, dann unter Auflagen erlaubt worden. Über sein Referat, in dem er über die Gründung der USPD berichtete, dürfe nicht diskutiert werden. Von den 600 Teilnehmern traten nach Presseberichten 300 in die neue Partei ein.⁶²

Auch der USPD-Presse blieb ein gewisser Einfluss erhalten. Neben der *Leipziger Volkszeitung*, dem „Zentralorgan der USPD“, waren etwa 20 lokale Zeitungen in der Hand von örtlichen Parteiorganisationen der USPD geblieben, unter anderem in Braunschweig, Bremen, Gotha, Halle, Duisburg, Erfurt, Gera, Düsseldorf, Solingen, Stuttgart, Würzburg und Zeitz.⁶³ Sie wurden zwar streng zensiert, teilweise auch unter Vorzensur gestellt, aber Reichstagsreden Haases, Ledebours, Geyers, Herzfelds, Vogtherrs, Stadthagens oder Dittmanns, in denen die kriegspolitischen Ziele dieser Partei formuliert waren, konnten in ganz Deutschland gelesen werden. Den stellvertretenden Generalkommandos gelang es nicht, der Verbreitung von Flugblättern in denen die kriegspolitischen Ziele der USPD dargestellt wurden, Einhalt zu gebieten, so sehr sie sich auch bemühte.

In Liebknechts berühmtestem Flugblatt vom Mai 1915, betitelt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, hieß es: „Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des ‚Durchhaltens‘, die nur immer tiefer in den Mahlstrom der Völkerzerfleischung führt.“ Im Aufruf zur Maifeier schrieb er: „Fort mit dem ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hetzern und Nutznießern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, das sind deutsche Junker, deutsche Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuss, die deutsche Regierung! [...] Schluss mit dem Krieg! Wir wollen Frieden!“⁶⁴

61 Curt Geyer, *Die revolutionäre Illusion*, Stuttgart 1976, S. 47–60; Silvia Neuschl, *Geschichte der USPD in Württemberg*, Esslingen 1983, S. 94; Toni Sender, *Autobiographie einer Rebellin*, Ausgabe Frankfurt a. M. 1981, S. 91; Volker Ullrich, *Kriegsalltag, Hamburg im Ersten Weltkrieg*, a. a. O., S. 109.

62 Volker Ullrich, *Die USPD in Hamburg und im Bezirk Wasserkante 1917/18*, a. a. O., 137.

63 Dieter Fricke, *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869–1917*, 1. Bd. Berlin 1987, S. 641 f.

Berichtet wird, dass es vor allem Frauen waren, Munitionsarbeiterinnen, stets in Gefahr, verhaftet zu werden, die es sich zur Aufgabe machten, diese Blätter vor Tagesanbruch oder nachts zu verteilen. „Sie wurden in Bahnhofshallen, überdachten Straßenbahnhaltestellen, in öffentlichen Parkanlagen auf Bänken niedergelegt. In Straßen, die zu Fabriktoren führten, wurden die Druckschriften an Stellen platziert, wo sie im Vorübergehen mitgenommen werden konnten. In der Stadtmitte und in Arbeitervierteln heftete man Flugblätter an Zäune, Häuserwände und Plakatsäulen.“ Die radikale Linke, z. B. die Gruppe Internationale, der Kreis um die Bremer *Arbeiterpolitik* und den Stuttgarter *Der Sozialdemokrat* oder Mitglieder der linksradikalen Jugend wie die Hamburger „Freie Jugendorganisation“, waren in der Flugblattpropaganda besonders aktiv. Sie legten Druckschriften in Mietshäusern aus.⁶⁵

Wer Schriften, in denen für den Verständigungsfrieden geworben wurde, druckte, wer zum Streik aufforderte, illegale Versammlungen abgehalten oder Flugblätter verteilt hatte, wurde verhaftet und verschwand erst einmal im Untersuchungsgefängnis. Verurteilungsgründe wurden aus dem preußischen Strafgesetzbuch abgeleitet. § 89 drohte demjenigen Strafe an, der „im Kriege vorsätzlich einer feindlichen Macht Vorschub leistet“. Die Formulierungen solcher Gesetzestexte ließen sich stets anwenden. Hausdurchsuchungen, Postüberwachung, wochenlange Inhaftierung ohne Richterspruch, kürzere und längere Gefängnisstrafen gehörten zu den Mitteln, Oppositionelle von ihrem Engagement abzuhalten.

Toni Sender in Frankfurt, der eine Freundin Schriften der Spartakusgruppe mit der Post zugesandt hatte, wurde verhaftet. Sie bat Haase, „den berühmten Anwalt“, um juristischen Beistand. Dieser erklärte sich bereit, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um sie frei zu bekommen, besuchte sie im Gefängnis und brachte ihr Lesestoff. Es dauerte mehrere Monate, bis sie aus der Haft entlassen wurde. In Leipzig verteidigte Haase mehrere wegen der Verteilung des Manifestes der Berner Frauenkonferenz angeklagte Sozialdemokraten, ferner in Stuttgart Friedrich Westmeyer und Clara Zetkin, die das genannte Flugblatt Liebknechts verbreitet hatten. Sie erhielten je drei Monate Gefängnis wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“.⁶⁶

64 Karl Liebknecht, *Der Hauptfeind steht im eigenen Land*, Flugblatt Mai 1915, Aufruf zur Maifeier, Flugblatt April 1916. in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Berlin 1958, S. 62–166, 373 ff.

65 Silvia Neuschl, *Geschichte der USPD in Württemberg*, a. a. O., S. 92–127; Tony Sender, *Autobiographie einer Rebellin*, a. a. O., S. 79 f.; Volker Ullrich, *Kriegsalltag, Hamburg im Ersten Weltkrieg*, a. a. O., S. 118–122; Abdruck und Information über zahlreiche Flugblätter, in: *Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, hrsg. von Leo Stern, Berlin 1959, für 1917 Bd. 4 II, ab S. 369.

Wie Kriegsgegner behandelt wurden, wenn sie festgenommen worden waren, geht aus einem Brief Haases vom Juli 1916 hervor. „Für den Eingesperrten ist es ein Trost, wenigstens einmal wöchentlich einen Menschen neben sich zu sehen, der sich für ihn interessiert. [...] Für unsere Zustände ist es sehr bezeichnend, dass der kommandierende General auf mein Ersuchen, mir die Gründe der Verhaftung mitzuteilen, damit ich den etwa fälschlich aufgetauchten Verdacht zu zerstören in die Lage käme, kurz antwortete, er müsse das Ersuchen ablehnen. [...] Manche Tage bin ich in den letzten Wochen in fünf Gefängnisse gewandert. Ein junges Mädchen, das drei Monate in Untersuchungshaft war, ist am 23. Juni in Freiheit gesetzt, und heute wird mir bestätigt, dass das Verfahren überhaupt eingestellt ist. Eine Freundin von ihr, 17 Jahre alt, ein sehr wackeres Kind, – so nennen sie die Gefängnisbeamtinnen – ist leider nicht in das gerichtliche Verfahren mit verwickelt worden; leider, sonst hätte ich sie sicherlich längst aus der Untersuchungshaft befreien können. Sie hat vielmehr das Oberkommando in liebevolle Fürsorge genommen, und gegenüber der militärischen Sicherheitshaft gibt es auch nicht die geringsten Rechtsgarantien.“⁶⁷

Da bürgerliche Anwälte und auch solche, die der SPD angehörten, sich weigerten, als Rechtsbeistand tätig zu werden, blieben junge Kriegsgegner manchmal Monate im Gefängnis: „Es war stets dunkel in der Zelle. Das Essen war schlecht. Morgens eine dünne Schnitte Brot, mittags eine dünne Suppe, abends Brot wie morgens. Der Hunger quält. Ein Tag folgt dem andern, Woche für Woche, Monat auf Monat. Die Außenwelt wird fremd für mich. [...] Ich bin streng isoliert von der Außenwelt. Keine Abwechslung, immer die vier Wände, dieselben Gitter, keine Sonne, kein Licht. Und draußen rast der Krieg weiter, vernichtet die Besten.“⁶⁸ Im März und April 1917 gab es in Berlin noch gelegentlich Gemüse und Obst, aber zu Preisen, die viele nicht zahlen konnten. Gemüsehändler erschienen auf den Märkten einfach nicht mehr. In den Schlangen kam es zu Rangeleien und Tötlichkeiten. Den Verkäufern wurde die Ware von denen, die nichts abzubekommen fürchteten, unter wütenden Protesten entrissen, die Wagen der Händler umgestoßen. Ohne Polizeischutz ging es im Lebensmittelhandel überhaupt nicht mehr.

66 Toni Sender, Autobiographie einer deutschen Rebellin, a. a. O., S. 83; Silvia Neuschl, Geschichte der USPD in Württemberg, a. a. O., S. 141.

67 Ernst Haase, Hugo Haase, a. a. O., S. 125 f.

68 Lagerarbeiter Horst Sehlmann, verhaftet wegen Vorbereitung eines Demonstrationstreiks, über seinen Aufenthalt in einem Hamburger Gefängnis, in: Volker Ullrich, Kriegsalltag in Hamburg im Ersten Weltkrieg, a. a. O., S. 139–145.

Die große Trockenheit von Ende Mai bis Anfang Juli hatte zur Folge, dass Frühgemüse nicht wuchs und die Preise dafür immer weiter stiegen. Die Höchstpreise „vertrieben die Ware“. „Kleinhändler erklären, dass es ihnen unmöglich ist, Obst oder Gemüse von den Großhändlern auf irgend eine Weise zu den vorgeschriebenen Preisen zu erhalten“, so die Berliner Volkszeitung vom 5. Juli 1917. Erzeuger verkauften ihre Ware oft nur noch an Gaststätten, die jeden Preis zahlten.

7. Kapitel

Dem Tod entgegen leben

Zwei Beispiele können veranschaulichen, wie es den Frauen von Kriegern erging. Meine Großmutter hieß Hedwig N. sie lebt in meiner Erinnerung als heitere Frau. Sie hatte den Mann früh im Kolonialkrieg verloren, war mit 37 Jahren Witwe geworden. Ihr ein und alles war ihr Sohn Erich. Den schickte sie auf eine höhere Schule. Nachdem er sein „Einjähriges“ gemacht hatte, wurde er 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, wurde als Leutnant an der Ostfront eingesetzt. Er wurde schwer verwundet in ein Lazarett eingeliefert. Sein Bein sollte amputiert werden. Aber bevor es soweit war, starb er. Seine letzten Worte sind überliefert: „Nun kann ich nicht mehr mitmachen.“

Meine Großmutter war zu seinem Sterbebett nach Litauen gefahren. Als sie ankam, lag ihr Sohn in den letzten Zügen. Sie konnte ihn nur noch in ihre Heimat überführen lassen. Er starb, bevor sie dort ankam, den Tod als Soldat.

Es wird überliefert, dass sie einen Monat lang in ihrer Küche gesessen habe und geweint habe. Als sie das vollbracht hatte, wurde sie eine fröhliche, gesellige und zufriedene Frau. Kriegerfrauen hatten es schwer im Ersten Weltkrieg. Sie mussten oft den Pflug ziehen oder das Geschäft, das der Mann betrieben hatte, weiterführen, die geringen Unterhaltskosten und den Preisanstieg verkraften, in Berufen arbeiten, für die sich nicht ausgebildet waren, unterbezahlte Arbeit annehmen und Kinder mit Brot und Kleidung versorgen. Der Mann wurde sofort eingezogen und kam an die Front.⁶⁹ Briefe täglich oder wöchentlich hielten den Kontakt aufrecht. Schließlich wurde er schwerverwundet und starb. Die größte Last war die Ungewissheit. Wilhelmine H. war keine Rebellin, aber sie musste täglich Schlange stehen, im

69 „Denn das ist kein Leben mehr, aus dem Alltag einer Kriegerfrau,“ Hamburg im Ersten Weltkrieg,, Hamburg 1982, S. 93 -99

kalten Winter Kohlen besorgen. Schließlich musste sie eine Arbeit als Putzfrau aufnehmen. Etwas anderes hatte sie nicht gelernt. Hungern und Frieren wurden zum Kriegsalltag. Die fortschreitende Teuerung machte ihr besonders zu schaffen. Schließlich erkannte sie, dass der Frieden erkämpft werden musste. Die Friedenspropaganda der Regierung nahm Wilhelmine H. nicht mehr ernst. Der Ruf, das russische Beispiel nachzuahmen, war jetzt nicht nur beim Schlangestehen zu hören. Sie hatte sich ein ganz anderes Leben erträumt. „Ich möchte immer nur schlafen, so matt bin ich.“



Käthe Kollwitz: Brot

Kriegerfrauen waren besonders belastet. Sie starben oft einen frühen Tod. Der Arzt trug auf den Totenschein nur „Herzversagen“ als Todesursache ein. Nach einer glaubhaften Berechnung sollen darunter etwa 80.000 Kriegerfrauen gewesen sein.

8. Kapitel

Der Zusammenbruch Deutschlands in der Revolution

Durch die Revolution vom 9. November brach das deutsche Kaiserreich am 9. November wie ein Kartenhaus zusammen. Als der Kaiser um die Mittagszeit zurückgetreten war, usurpierte Friedrich Ebert und der letzte Kanzler Max von Baden durch einen Staatsstreich die Macht. Er übergab diesem die Reichsgeschäfte und wurde in der Reichskanzlei nicht mehr gesehen.

Auch Philipp Scheidemann behauptete später, er habe von einem Fenster im Reichstag die Republik ausgerufen. Diese Version des Machtwechsels wurde als Legende entlarvt.⁷⁰

Die deutsche Republik wurde nicht am 9. November begründet, sondern erst einen Tag später, am 10. November 1918 und in den folgenden Tagen. Vor allem der Beschluss des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November gehört dazu.

Am 10. November am frühen Vormittag um 11 Uhr einigten sich Vertreter der USPD, und der Sozialdemokraten darauf, folgendes Dokument zu unterschreiben:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.
2. In dieser Regelung soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen der gewählten Vertrauensmänner der gesamten werktätigen Bevölkerung und Soldaten liegen.
3. Ausschluss der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung .
4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage, um eine für den Abschluss des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.
5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlich entscheidenden Kabinetts.
6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.“

Im *Vorwärts* und in vielen weiteren Zeitungen wurden folgende Ergänzungen bzw. Abänderungen abgedruckt. Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett [...] nicht geknüpft. „Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reich alsbald zusammenzurufen sind.“ „Die Frage der Konstituierenden Versammlung wird erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.“ [.....]

Der Vorstand der SPD stimmte zu. Friedrich Ebert und Hugo Haase wurden gleichberechtigte Vorsitzende der neuen deutschen Übergangsregierung, ihr gehörten ferner als Mitglieder Philipp Scheidemann und Otto Landsberg von der SPD so wie Wilhelm Dittmann und Emil Barth von der USPD an. Heranzuziehen ist als Dokument auch das Programm der Räte der Volksbeauftragten. Es wurde im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und erhielt damit Gesetzeskraft. Die gefassten Beschlüsse sind Gründungsdokumenten der deutschen Republik. In diesem weiteren Dokument vom 12. Dezember 1918 heißt es:

⁷⁰ Zuletzt: Heinrich August Winkler, Doch, so war es! 9. November 1918, die Ausrufung der Republik ist keine Legende, Zeit online 25. April 1918

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung mehr, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten angehängten Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz für den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Wilhelm Dittmann und andere Autoren nannten dieses Gesetz die „Magna Charta“ der Revolution.

Das Dokument ist unterschrieben von Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth. Weitere soziale Gesetze werden angekündigt. Aber die genannten Bestimmungen sind entscheidend.

Die „Magna Charta“ der Revolution stellt die Rechtspraxis des Kaiserreichs und des Krieges auf eine völlig neue Grundlage und ist ein Gründungsdokument der deutschen Republik.

Der erfahrene Jurist Hugo Haase, der sich jahrelang mit dem Recht des Kaiserreiches befasst hatte, dürfte federführend gewesen sein. Das Gesetz ist in einer klaren Sprache des geübten Juristen abgefasst, auch Otto Landsberg war ein versierter Anwalt. Beide gehörten der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Aber wer die „Magna Charta“ der deutschen Republik tatsächlich verfasste, ist nicht ausdrücklich belegt.

Die Zeitungen drängten ständig, obwohl die durch die Revolution geschaffenen Zustände keineswegs abgeschlossen waren, einen Termin für die Wahlen festzulegen. Schließlich wurden auf der Volksversammlung Weihnachten 1919 ein Wahlgesetz vorgelegt und angenommen, das inzwischen Reichsinnenminister Hugo Preuß ausgearbeitet hatte. Luise Zietz war in

Berlin gewählt worden. Sie war eine der 37 Frauen, die nun im Reichstag ihren festen Platz hatten.

9. Kapitel

Die Gleichberechtigung

Luise Zietz war vor dem Ersten Weltkrieg Parteisekretärin gewesen. Sie war eine provokante Rednerin, ihr gingen die Reformen, die der Rat der Volksbeauftragten eingeführt hatte, nicht weit genug.

Nach Weimar sei die Nationalversammlung, so Luise Zietz, mit verdächtiger Eile einberufen worden. In dieser Stadt herrsche das Militär. In einer Politik der Angst gehe die Regierung Ebert/Scheideman/Noske zusammen mit den bürgerlichen Parteien dazu über, die Errungenschaften der Revolution zu verspielen. Man müsse jetzt die Sozialisierung der Bergwerke in Angriff nehmen. „Die Regierung tat nichts.“

Ein Dorn im Auge war für sie das Wüten der „Noskegarden“, die in Weimar und im Ruhrgebiet jeden Widerstand zusammenschossen. „Das ist die Freiheit, die Sie hier genießen.“

Wenn Frauen dazu aufgefordert würden, ihre Mitarbeit für bestimmte Frauenaufgaben zu beschränken, dann sei das der Ignoranz männlicher Hochmut entsprungen. „Die Revolution hat das System vernichtet, und sie richten es wieder auf.“

Der Gegenstand ihrer Darlegungen waren die Versäumnisse der SPD. Aber am 16. und 17. Juli 1919 wurde in der Nationalversammlung über die Beamtenrechte der verheirateten Frau debattiert. Bisher war es so gewesen, dass Frauen, wenn sie eine Ehe eingingen, aus dem Status eines Beamten ausscheiden mussten. Luise Zietz machte sich dafür stark, das zu ändern. Mit der Gleichberechtigung der Frau sei das nicht zu vereinbaren. Frau Zietz ging davon aus, dass mit dem Wahlrecht auch ungleiche Frauenrechte abgeschafft würden. Die Gleichberechtigung der Frau einzuführen, hielt sie für eine Selbstverständlichkeit: „Alle öffentliche Macht beruht in Zukunft auf dem freien Willen des souveränen Volkes.“ Gefordert wurde die völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis. „Der Tüchtige hat in einer freien Demokratie einen Anspruch auf Vorwärtskommen.“ Die Gleichstellung der Frau nannte Frau Zietz ein Unrecht gegenüber der Frau.

Sie hatte aber mit dem Widerstand der andern Parteien nicht gerechnet. Professor Kahl von der Deutschnationalen Volkspartei war diese ganze Grundrechtsdiskussion längst ein Dorn im Auge.

Professor Kahl hatte behauptet, das Frauenwahlrecht sei mit dem Römischen Recht nicht vereinbar und werde die deutsche Rechtsprechung vollständig durcheinanderbringen.

Justizminister Landsberg, den die SPD mit einer Erwiderung Kahls beauftragt hatte, versuchte ihn zu widerlegen.

Professor Kahl stellte fest, es sei unmöglich abzuschätzen, welche Wirkung diese ganze Diskussion für das deutsche Rechtssystem habe. Es handele sich um Normen, aber niemals um bindende Rechtssätze. Grundrechte seien nach dem Entwurf total verschieden. Man könne darüber nur im Einzelfall entscheiden. Sie seien dazu bestimmt, die Gesetzgebung in neue Bahnen zu lenken.

Unklares und Vieldeutiges dürften niemals positive Rechtskraft erhalten, erklärte Innenminister Koch. Er äußerte die Meinung, Grundrechte trügen zur Rechtsverwirrung in Deutschland bei.

10. Kapitel

Zur Bedeutung der Grundrechte in der Verfassung von Weimar

Nach dem Willen von Hugo Preuß sollte die Weimarer Verfassung keine Grundrechte haben. Er hatte die Schwierigkeiten, dass mit der Verwirklichung einzelner Bestimmungen eine uferlose Debatte entstehen würde vorausgesehen. Die Paulskirche mit ihren endlosen Auseinandersetzungen über dieses Thema hatte ihm das gezeigt. Andererseits gab es die Forderung der USPD-Fraktion, Grundrechte einfach als geltendes Recht zu akzeptieren. Einer wirklich demokratischen Neuordnung, zu der sie gehörten, stand in Weimar nichts im Weg.

Im Artikel 107 war folgendes festgelegt: „Die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern.“ Damit war klargestellt, dass Grundrechte unmittelbare Rechtswirkung haben sollten.

Das Zentrum, die Deutschnationalen und Vertreter der deutschen Demokratischen Partei verlangten Art. 107 zu streichen, weil sonst mit Hilfe der Gerichte Grundrechte einklagbar geworden wären. Professor Wilhelm Kahl von der Deutschen Volkspartei erklärte, es sei un-

möglich abzuschätzen, welche Wirkung die Grundrechte mit ihren unübersehbaren Aussagen für die Gesellschaft haben könnten. Sie seien nur Normen, aber dürften niemals bindende positive Rechtssätze sein. Unklares und Vieldeutiges müsse man aus der Verfassung verbannen. Dem schlossen sich die Vertreter der genannten Parteien an.⁷¹

Die Verfassungsexperten der USPD sahen der in den Grundrechten mehr als nur einen Kanon von Werten. Oskar Cohnder, Verfassungsexperte der USPD, unternahm den Versuch, den Artikel 107 des Entwurfs zu retten, weil er für ihn „einer der wichtigsten der ganzen Verfassung“ sah. „Ich habe in Art. 107 in den Worten ‚Richtschnur und Schranke‘ die Möglichkeit gefunden, wie sich der Richter und der Verwaltungsbeamte... immer wieder auf den lebendigen Geist besinnt, der die Rechtsentwicklung beherrschen soll.“ Wie in der amerikanischen Rechtsprechung müsse jede einzelne Anordnung der Verwaltung geprüft werden können, ob sie mit dem Geist und dem Zweck und dem Inhalt der Verfassung vereinbar sei.

„Fällt der Artikel 107 weg, würde der lebendige Antrieb wegfallen, der in jedem einzelnen Augenblick allen Verwaltungsbehörden und allen Richtern gegeben sein sollte. Deshalb können wir mit der Streichung des Art. 107 nicht einverstanden sein.“

Mit seinem Einspruch erreichte er nichts.

Schließlich wurden die Grundrechte unter dem Titel „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ einfach in einem zweiten Teil der Verfassung angefügt.

Erst im Artikel 119 des Grundgesetzes von 1949 wurden das Grundrechte der Ehe als zur Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation gehörend erklärt. Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter und genoss besonderen Schutz. Die unabdingbare Voraussetzung dafür war sie also nicht. Darauf weist unter a. de Artikel 9 des Grundgesetzes hin: Männer und Frauen genießen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Für viele Bestimmungen der Weimarer Verfassung waren von vornherein Einschränkungen vorgesehen: „Das Nähere bestimmt ein Gesetz.“

Einzelne Grundrechte des Grundgesetzes waren in ihren Formulierungen direkt aus der Diskussion in der Paulskirche übernommen worden: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“

„Personen, denen die Freiheit entzogen wird, sind spätestens am darauf folgenden Tage in Kenntnis zu setzen, von welcher Behörde und aus welchen Gründen die Entziehung der Freiheit angeordnet worden ist.“ Es schien so, als handele es sich um Texte, die für das Funktionieren einer Gesellschaftsordnung unerlässlich sind. Aber das war nicht der Fall.

71 Protokolle der Nationalversammlung, 57. Sitzung, 15. Juli 1919, S. 1557 - 1559

Es waren keine unveräußerlichen Menschenrechte, wie sie erst die Verfassung von 1949 vorsah, sondern Bürgerrechte. Sie als Richtschnur für die Gesetzgebung zu machen und ihnen Rechtskraft zu verleihen, das hatte die Nationalversammlung, wie schon dargelegt wurde, abgelehnt.

In dem Grundrechtskatalog tauchten alle möglichen Grundsätze auf, die nichts waren als mehrheitsfähige Bestimmungen einzelner Gruppen der Gesellschaft, so die Rechte der Beamten. Ihnen wurde z. B. garantiert, Ruhegehalt zu bekommen. Religionsgesellschaften erhielten die Befugnis zugestanden, Steuern zu erheben. Lehrern an öffentlichen Schulen hatten das Recht, Beamte zu werden. Privatschulen konnte jeder gründen, wenn es ein Bedürfnis dafür gab. Andere Bestimmungen schienen überflüssig zu sein. Sie brauchten nicht in der Verfassung zu stehen. Die Spötter sprachen von einem interfraktionellen Parteiprogramm. Luise Zietz war keine versierte Juristin. Aber sie hatte einen untrüglichen Sinn für Gerechtigkeit, das wirkte sich in ihren Reichstagsreden aus. Immer wieder kam sie auf die Benachteiligung der Frau zu sprechen. Wie sehr sie damit den Kollegen ging sie auf die Nerven ging, ist belegt.

„Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten,“ sie dürfen darin nicht benachteiligt werden, das war ihr Lebensthema, sie trug das in zahlreichen Reichstagsdebatten immer wieder vor.

Am 26 Januar 1922 verstarb Luise Zietz mitten in einer Sitzung der Nationalversammlung, ein Herzinfarkt hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. Die Abgeordneten erhoben sich am 27. Januar von den Sitzen, um ihr zu gedenken. Dabei würdigte Parlamentspräsident Paul Löbe mit folgenden Worten ihre Verdienste: „Frau Abgeordnete Zietz war eine der ersten deutschen Frauen, die für die politische Gleichberechtigung ihres Geschlechts gestritten haben. ... Auf dem Platz, die sie für die deutschen Frauen mit erkämpfte, ist sie dahin gesunken. Wir im Plenum kennen sie als temperamentvolle Streiterin, die den heftigsten Meinungsverschiedenheiten nicht auswichParteifreunde verehren sie als glühende Vorkämpferin für ihre Sache. Wer ihr aber persönlich nähertreten durfte, der weiß, dass hinter ihrer Härte ein mütterliches sorgsames Herz schlug.“⁷²

72 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, 27. Januar 1922, S. 5575

Die Verfassungsrichterin Erika Scheffler zeigt in ihrer Broschüre „Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft“ den langen Weg des Frauenwahlrechts genau nach. Der Einfluss der Frau stieg, je stärker ihre Stellung wurde.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahre 1959, war es endlich gelungen, dass nach einem



Urteil des Bundesverfassungsgerichtes das Gebot der Gleichberechtigung nicht mehr nur Richtlinie der Gesetzgebung war, sondern geltendes Recht. Die Verfassungsrichterin Erna Scheffler hatte es nach einem lebenslangen Kampf durchgesetzt.⁷³ Die Männer wehrten sich heftig. Auch heute ist das bei der Berufung von Ministerinnen oder in leitenden Stellung in Führungsämter der Wirtschaft noch so. Jede Rechtsbestimmung wurde nach und nach überprüft. Nach dem erklärten Willen der Grundgesetzmütter und -väter durfte man beim Thema Gleichberechtigung nicht hinter die Weimarer Verfassung zurückgehen.

Die Zölibatsklauseln wurde in allen Bundesländern, wenn Männer und Frauen ins Beamtenverhältnis berufen wurden, abgeschafft. Bis 1957 galt sie nur noch in sie in Baden-Württemberg.

Unter anderem ist es Luise Zietz ist zu verdanken, dass dies geschah. Sie hatte früh erkannt, dass eine Gesellschaft nur dann funktionieren kann, wenn die Gleichberechtigung gewährleistet ist.

⁷³ Süddeutsche Zeitung, 10/11. August 2019 S.6